

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetrag. in der Post-Regulierungs-
 Verordng. für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen:
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 jeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonntags-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 29. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Der radikale Kongress.

Paris, 25. Juni.

Was man im freien Sprachgebrauch radikale Partei nennt, existiert in Frankreich seit etwa 20 Jahren, seitdem die zur Macht gelangten Republikaner ihr altes gemeinsames Oppositionsprogramm, dasjenige von 1869, über Bord geworfen haben, was zur Spaltung der republikanischen Partei in einen regierenden, opportunistischen und einen oppositionellen, radikalen Flügel geführt hat. Eine Partei aber im wahren Sinne des Wortes waren die Radikalen ebenso wenig wie die opportunistischen Republikaner: es fehlte ihnen bis zu den letzten Jahren selbst der Keim einer Partei-Organisation mit einem festen Parteiprogramm. Wenn für die „reinen“ Bourgeoisrepublikaner, die so ziemlich ununterbrochen am Ruder waren, die Regierungsorganisation, der bürokratische Mechanismus die Dienste einer Partei-Organisation leistete, so suchten die Radikalen einerseits soweit als möglich denselben Mechanismus in den eigenen Dienst zu pressen, während auf der andern Seite die moralische, d. h. niemand verpflichtende und doch tatsächlich entscheidende Leitung ihrer „Partei“ in der Hand der parlamentarischen Gruppen, genauer der führenden Parlamentarier ruhte. Die letzteren aber kannten selbstverständlich keinen andern Zwang, als die mitunter recht bissige, aber praktisch wirkungslose Kritik der radikalen Journalisten, die ihrerseits nach eigenem Gutdünken die „Partei“ leiten und misleiten konnten.

So bildeten die französischen Radikalen vielleicht das abschreckendste Beispiel einer zerfahrenen Parteigliederung. Ihre anerkannten „Chefs“ durften getrost als Mitglieder von „Konzentrations“-Ministerien oder auch als leitende Minister eines radikalen Kabinetts ihre eigene Partei verraten, ohne einen Verlust an Ansehen und Einfluß befürchten zu müssen. Die einfachen Parlamentarier und die Kandidaten der Parlamentarier kannten keine andre Richtschnur als die Rücksicht auf ihre Wahl oder Wiedewahl. Jede demagogische Strömung fand zahlreichsten Zulauf aus den Reihen der radikalen Politiker, so des Wohlwollens und teilweise des Nationalismus. Eine treue Abpiegelung des französischen Kleinbürgertums, besonders in seiner Pariser Abart, taunelte die radikale Partei zwischen rechts und links, stets nur darauf bedacht, einige Wochen unmittelbarer, handgreiflicher Vorteile zu erhaschen...

Es ist ein von den Radikalen beliebtes und ihre eigene principielle Verfahrensweise kennzeichnendes Schlagwort, daß die Bourgeoisrepublikaner die Republik und die Demokratie verraten. In Wirklichkeit bildet dieser „Verrat“ gerade die Existenzberechtigung einer Partei, die, ihrem inneren Wesen getreu, die Interessen der von ihr vertritt vertretenen Bourgeoisie wahrnimmt. Der Vorwurf des Verrats trifft hingegen mit voller Macht die Radikalen, die ja sich nicht nur auf die Republik und die Demokratie berufen, sondern auch ihre Existenzberechtigung als Partei lediglich in der Wahrnehmung der republikanisch-demokratischen Interessen schöpfen können. Diese Interessen aber wurden von ihnen systematisch verraten.

Würde die geschichtliche Entwicklung mit der glatten und rosigen Logik eines Theorems vor sich gehen, die radikale Partei wäre schon längst, wie in einer Zwickmühle, zwischen den zwei aufeinanderprallenden Kräften der bourgeois und der proletarischen Partei reiflos zerrieben. Immerhin hat auch der holprige und langsame Entwicklungsgang allgemach den Radikalen den Weg zum Abgange in sichtbare Nähe gerückt. Die Gefahr wurde zuerst natürlich von der Vorhut bemerkt, von dem linken Flügel der Radikalen, dem der aufkommende Socialismus zunächst den Boden, d. h. die parlamentarischen Sitze streitig zu machen begann. Dieser Teil der Radikalen suchte sein Heil in der Hinzufügung des Beiworts „socialistisch“ zum eignen Parteinamen — so entstanden seit 1898, seit den ersten großen Wahlerfolgen der Socialisten, die „socialistischen Radikalen“ (radicaux-socialistes). Dann kam die Konsolidierung des Ordnungspartei unter dem zweijährigen Ministerium Meline (1896—1898), unter dessen zielbewußt reaktionärer Herrschaft auch die zahlreichsten Radikalen das bittere Brot einer von dem Beamten-Apparat belämpften Opposition essen mußten. Mit der Herrschaft des Ordnungspartei fiel andererseits die Dreifus-Brücke zusammen, die die schwersten moralischen Verworfungen in den Reihen der Radikalen anrichtete. Das quasi-radikale Kabinett Drillon, das auf Meline folgte, und das nachfolgende gemischte radikal-opportunistische Kabinett Dupuy haben die radikale Partei und ihre Führer so weit abgemeyt, daß das eigenartig zusammengesezte Kabinett Waldeck-Rousseau, welches auf die hergebrachten Regeln einer Ministerkombination keine Rücksicht nahm, zur Notwendigkeit wurde. Und gegenwärtig rücken die Neuwahlen zur Kammer (Frühjahr 1902) heran, die allem Anschein nach vom bereits zweijährigen Kabinett Waldeck-Rousseau geleitet werden dürfen...

Das memento mori der Neuwahlen hat nun die Organisationsbestrebungen der Radikalen beschleunigt und ihr Gewissen geschärft. Sie treten nämlich vor die Wählerhaft in einer eigentümlichen Lage: als die Kerngruppen des Ministeriums Waldeck-Rousseau tragen sie die volle Verantwortlichkeit für die Handlungen und Unterlassungen einer Regierung, in welcher nur zwei untergeordnete radikale Minister sitzen, an der kein einziger ihrer eigentlichen Vertreter teilnimmt. Sie haben also alle Nachteile einer durch eine relativ lange Herrschaft abgemeyten Regierungspartei, trotzdem sie nur indirekt, d. h. nicht immer wirksam die Politik der Regierung beeinflussen konnten. Mit andern Worten, sie laufen Gefahr, daß ihnen alle Fehler und Mißgriffe der Regierung zur Last gelegt, während ihre Verdienste ihnen nicht zu gute geschrieben werden. Es ist wahr, kein einziges radikales Ministerium hat auch nur so demokratisch regiert, wie das gegenwärtige Kabinett. Das ändert

aber nichts an der Tatsache, daß die Radikalen zwei Jahre und länger eine Regierung unterstützt haben werden, die mit dem famosen radikalen „Programm“ ebenso respektlos umsprang, wie ein gewöhnliches — radikales Ministerium.

Also heraus mit dem „Programm“, dem vergessenen und verachteten Achtenbrödel! Heraus mit der blank gepugten und neu gefärbten Parteifahne, die der Wählerhaft kund thun soll, daß die Radikalen eine eigne, von dem Regierungsborn unabhängige Lebensquelle haben!

Auf der andern Seite wird die Regierungsmehrheit in den Neuwahlen einem ebenso geschlossenen, wie durch das lange Fernbleiben von der Regierungsgewalt erbitterten Ansturm der Merikalmelanismus-nationalistischen Reaktion stand zu halten haben. Auf den governmentalen Wahlbrud aber dürften die Ministerien um so weniger rechnen können, als das Ministerium — ebenso wie jedes echt radikale Ministerium — das noch von Meline und seinen reaktionären Vorgängern eingesetzte Präfectenpersonal so ziemlich unangefastet der Republik erhalten hat.

Also her mit der eignen Partei, genauer, Wahlorganisation! Dies in raschen Zügen die Ursachen, die die bisher einzigartige Erscheinung eines bürgerlichen Parteitags in Frankreich gezeitigt hat. Es war der erste Kongress der Radikalen, der Gründungskongress einer seit 20 Jahren als „Partei“ angesprochenen Richtung. Selbstverständlich kann dabei von einem Kongress nur in sehr bedingtem Sinne die Rede sein. Die 700 oder 1000 „Delegierten“ vertreten entweder ihre eigne Person oder ihr „Wahlomitee“ (eine aus Wahlagenten zusammengesetzte Gruppe), oder — im besten Fall — eine kleine schummernde politische Gruppe bezw. Freimaurerloge.

In vier kurzen Plenarsitzungen und zwei oder drei desto längeren Kommissionsitzungen wurde die Partei „gegründet“. Der Hauptzweck des Kongresses, die Schaffung einer Wahlorganisation, nach so aufdringlich in die Augen, daß von den vier Sitzungen drei diesem Zweck galten. Erst in der letzten kurzen Sitzung wurde — an Stelle eines Programms! — eine programmatische „Erklärung“ von Pelletan, dem Führer der Linkradikalen, namens der bestellten Kommission verlesen und vom Kongress debattelos, dafür aber per Acclamation angenommen.

Hier die allbekanntesten Hauptpunkte der „Erklärung“: Kampf gegen den Merikalismus, aber Vertagung auf unbestimmte Zeit der vom altrepublikanischen Programm geforderten Trennung zwischen Kirche und Staat; Kampf gegen die „hohe Spekulation“ durch die Anwendung der (nicht angewendeten, weil unanwendbaren) Gesetze gegen die Agiotage; Kampf gegen die „Konzentration und Handhabung der großen Kapitalien“ durch die allmähliche Verstaatlichung „gewisser Monopole und öffentlicher Dienste“; sociale Reformen, die zum Zweck haben, die Entwicklung eines „industriellen Feudalismus“ zu verhindern und „den Arbeiter zum Eigentümer seines Werkzeuges zu machen“, sowie ihm eine „rechtmäßige Entlohnung“ zu sichern; Steuerreformen, namentlich progressive Einkommensteuer, und zweijährige militärische Dienstzeit.

Näheres über die „socialen Reformen“ erfährt man nicht, nur die Altersversicherung, die eben in der Kammer auf der Tagesordnung steht, wird erwähnt. Dafür aber läßt der „socialistische“ Radikale laut die übliche Abfrage an den Kollektivismus und den ebenso üblichen Vorschlag auf das „leidenschaftlich“ geliebte „individuelle Eigentum“ ertönen.

Die „Erklärung“ klingt aus in einem herben Vorwurf an das Ministerium wegen dessen Schonungspolitik gegenüber den reaktionären Beamten.

Man würde irren, wenn man annähme, daß dieses harmlose Programm auch von allen radikalen Kandidaten in den Wahlen befolgt werden wird. Nur in Punkt „individuelles Eigentum“ wird die Erklärung treu befolgt werden. Sonst heißt es: jedem Kandidaten muß die Bewegungsfreiheit gewahrt bleiben. Drillon hat das, ehe die Erklärung zur Verlesung kam, überflüssigerweise ausbedungen und zwar zu Gunsten der mit den Radikalen zusammengehenden „Gruppe Lambert“, eines Mittelstücks zwischen Radikalen und gewöhnlichen Bourgeoisrepublikanern.

Was die „Organisation“ betrifft, so wird sie „provisorisch“ bis zum nächsten Kongress als ein centrales Wahlomitee fungieren, das in der Mehrheit aus Parlamentariern und sonstigen „Erwählten“ zusammengesetzt ist. Das ist immerhin ein Fortschritt gegenüber dem ganz eigenmächtig entstandenen „Aktionsomitee“, das die Wahlen von 1898 mehr oder minder leitete und übrigens diesen Kongress ins Leben gerufen hat.

In der offiziellen Bezeichnung des Kongresses als eines „republikanischen, radikalen und socialistisch-radikalen“ ist treffend die Verschiedenheit der neugegründeten Partei ausgedrückt. Was ihren Zusammenhalt betrifft, so wird hierüber der nächste Kongress entscheiden, der ihr erst eine wirkliche Organisation geben soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juni.

Der Bankkrach.

Obwohl noch immer die Folgen des Leipziger Bankkrachs nicht so übersehen sind, haben die vereinten Anstrengungen aller interessierten Mächte und die von der Reichsbank protegierte und unterstützte Solidarität der Großbanken den Sturm beschworen. Es ist einseitig etwas Ruhe eingeleitet; das Privatpublikum wenigstens wird von der Börse nahestehenden Blättern wegen seiner Besonnenheit gelobt, die Nervosität der Börse, die noch andauert, wird getadelt, die schlechende Verleumdung wird gebandmarkt, die „verbrecherische“ Geschäftsführung der Gefallenen mit einem Fuhrtritt bedacht, der seinen Heber vortrefflich

kleidet und den himmelweiten Abstand der noch Stehenden von den Bankcrotteuren vollkommen „beweist“.

Judeffen: das Geschwäg der Beschäftigten mag die Banken vor dem Sturm laufen retten, der schon im Anmarsch war, die Reichsbank mit außerordentlichen Krediten mag zu diesem Ziele helfen, die Entwicklung der Krise geht ihren Gang, ja sie wird durch den Bankkrach, der die Unternehmungen lähmt, beschleunigt. Erst dann, wenn Elektrizität, Eisen und Kohle die Liquidation von der Hochkonjunktur zur Waise überlassen haben, erst dann, wenn die Ueberproduktion durch Einschränkung überwinden ist, — erst dann wird man das Leichenfeld der Krise überblicken können. Die socialistische Aufgabe ist die gewissenhafte Kritik der Krise als der offenbarsten Schwäche und Wunde der kapitalistischen „Ordnung“. Mögen die Toten ihre Toten begraben, die Interessenten ihren Interessen dienen, — unser ist die ökonomische Kritik.

In Dresden hat die Stadtvertretung sich mit der Lage der dortigen Banken beschäftigt; unser Korrespondent schreibt uns darüber:

„Die sächsische Bankkrise ist Donnerstagsabend, wie bereits gemeldet, im Dresdner Stadtverordneten-Kollegium Gegenstand einer Interpellation geworden. Auf die Anfrage des Bezirksdirektors Ahlhelm, ob der Rat den beunruhigenden Berichten über die Kreditwürdigkeit einer Anzahl weiterer Banken Glauben schenke und die städtischen Gelder den Privatbanken entzogen habe, ergriff der Oberbürgermeister Dr. Veutler das Wort zu einer Erklärung, in der er etwa folgendes sagte:

Die Bankkrise hat den Rat selbstverständlich mit großer Sorge erfüllt, zumal durch sie die Steuerkraft des ganzen Landes vermindert erscheint. Nicht nur die besitzenden Klassen, auch die Arbeiterschaft wird von ihr betroffen. In betreff unsrer städtischen Finanzen ist kein Anlaß zur Beunruhigung vorhanden. Die Höhe unsrer Geld nur bei den ersten Bankhäusern untergebracht; bei der Sächsischen Bank, der Deutschen Bank, die an der Spitze der deutschen Banken steht, der Dresdner Bank und der Nationalbank in Berlin. Mit der letzteren Bank sind wir in Verbindung getreten, seitdem sie unsre Emission befolgt hat. Sie ist uns von der Reichsbank empfohlen worden. Daß die Dresdner Bank als kreditwürdig gilt, ist allgemein bekannt. Wir haben ja in der letzten Zeit dem widerprechenden Gerüchte gehört. Diese Gerüchte sind aber unberechtigt. Die Deutsche Bank und die Reichsbank haben uns die beruhigendsten Versicherungen über die Solidität der Dresdner Bank gegeben. Am Freitag erhielten wir die Auskunft, und am Sonnabend haben wir darauf beschloffen, unsre Depositen nicht zurückzuziehen. Wir hoffen auf Billigung unsres Verhaltens bei den Stadtverordneten. (Sehhaftes Bravo!) Mit der Leipziger Bank haben wir seit Jahren nicht mehr in Verbindung gestanden. Früher als sie noch solide geleitet wurde, war das anders. Jetzt befinden sich nur zwei Stützungsstellen der Stadt in der Leipziger Bank. Sie sind als Depositen nicht gefährdet. Unser Verkehr erstreckt sich vorwiegend auf die Süddeutsche Bank. Wir haben ihr fünf Millionen Depositengelder anvertraut. Die Angriffe gegen die Dresdner Bank sind nicht ohne eine gewisse Absicht erfolgt. Die Partei, die vorgiebt, die Interessen der Arbeiterschaft zu schützen, sollte aber bedenken, daß solche Beunruhigungen des Credits auch der Arbeiterschaft indirekt schaden.

Baummeister Hartwig suchte in drastischer Weise die Kreditfähigkeit der Dresdner Bank darzutun, indem er mittelste, er habe ihr erst am Tage vorher eine ziemlich hohe Summe übergeben. Er fand, daß der Wohlstand des Landes in keiner Weise durch den Bankkrach erschüttert sei. Dank der kolossalen Aufträge zu Schiffbauten seitens der Marine hätte die deutsche Eisenindustrie Arbeit und Brot für die nächsten Jahre inülle und fülle (!). Unterdwärts seien die Arbeiter von ihren gemeinsamen Interessen mit der Industrie-Entwicklung überzeugt, nur die guten Dresdner ließen sich von ihrem socialdemokratischen Hehlblatt irre führen.

Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ hat die hier in Rede stehenden Artikel vor dem Leipziger Krach gebracht. Eine sachliche Widerlegung der dann mitgeteilten Einzelheiten ist nicht erfolgt. Ueber die Interessen der Arbeiter gegenüber der Krise haben wir andre Meinungen als Herr Oberbürgermeister Veutler. Unser Korrespondent bemerkt in dieser Hinsicht:

Der Direktion der Dresdner Bank wird diese Form der Erledigung der ihr höchst peinlichen Kritik ihrer Geschäftshandhabung nur willkommen sein. Sie kann sich nun weiter aufschwingen. Fein heraus ist auch die durch den Bankkrach stark bloßgestellte sächsische Bourgeoisie. Von der Verantwortung, die sie als Organisationsin der Arbeit gegenüber den stellenlos gewordenen Arbeitern schuldet, sprach kein Mensch. Dafür suchte man aber die allgemeine Entrüstung der öffentlichen Meinung über die Bankverluste auf die Socialdemokratie abzuleiten.

Die alte Geschichte vom Wolf und Lamm.

In Leipzig ist auch der zweite Direktor Dr. Genßch verhaftet. Es scheint, daß die sächsische Justiz in diesem Falle energischer vorgeht, als es bei den Berliner Zusammenbrüchen der Fall war. In Leipzig ist sofort eine Beschlagnahme des Vermögens der meisten (nicht aller?) Aufsichtsräte erfolgt. Auch sind Hausdurchsuchungen vorgenommen, die kompromittierende Papiere zu Tage gefördert haben. Der Stadtrat Dodel, der in Amerika ist, hat seine Rückkehr angekündigt; auch er gehört zum Aufsichtsrat. Der Stadtverordneten-Vorsteher, Kammerat Fritz Mayer, ebenfalls Aufsichtsrat der Leipziger Bank und Mitglied des Vorstands der Fondsbörse hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt.

Der Sturm auf die Banken hat nachgelassen, sowohl in Dresden wie in Leipzig. Den in Verlegenheit gebrachten industriellen Gesellschaften ist die Hilfe der Großbanken zugesagt.

Trotz alledem war die Börse am Freitag noch sehr nervös. Der Uebergang der Kapitalien zu den Staatspapieren und damit die Steigerung der Kurse der letzteren, die auch für Arbeiterorganisationen von Bedeutung ist, setzt sich fort. — eine Erscheinung, die allen Industriekreisen eigentümlich und natürlich ist.

In Jittau hatte die Böbauer Bank einen Sturm auszuhalten.

Deutsches Reich.

Herr Dr. Ruhland.

Aus München wird uns in Ergänzung unferer gestrigen Telegramms geschrieben:

Die „Münchener Post“ antwortet auf die neueste Leistung des Herrn Dr. Ruhland. Unser Parteiblatt erinnert zunächst daran, daß der Herr Professor im April d. J. ausdrücklich erklärt hatte, es sei unwahr, daß er Mitte der neunziger Jahre Verbindung mit einem socialdemokratischen Blatte gesucht habe. Herr Ruhland giebt jetzt durch seinen letzten Brief an die „Deutsche Tageszeitung“ schon zu, wenigstens über die Sache geredet zu haben. Aber gegenüber dieser Darstellung erklärt der Verwalter der „Münchener Post“ nochmals ausdrücklich:

„Es ist unwahr, daß Herr Dr. Ruhland von „Großkapitalisten-Kreisen“ sprach, die bereit wären, eine literarische Bewegung (die 1893 noch gar nicht existierte) mit Geldmitteln zu unterstützen. Er hat vielmehr direkt von Summen in beliebiger Höhe gesprochen, die er infolge seines Einflusses auf die Bismarcksche Kreise beschaffen könne, wenn in der „Münchener Post“ Artikel zu Gunsten der Wirtschaftspolitik Bismarcks Aufnahme finden würden.“

Es ist unwahr, daß Herr Dr. Ruhland dieses Anerbieten gelegentlich des Einkaufs von Schriften en passant vorbrachte. Herr R. ist sehr oft zum Einkauf von Schriften in der Expedition Bindenmacherstraße 5 gewesen, wobei er längere socialpolitische Gespräche anknüpfte, deren Ziel immer darauf hinauslief, für die Bismarcksche Politik Propaganda zu machen. Dieses Bemühen gipfelte schließlich in einer Einladung zu einer Tasse Kaffee im Bismarcksalon, wo Herr R. mit seinem Anerbieten in oben geschilderter präciser Weise heraustrat. Nach der ebenso präcisen — selbstverständlichen — Ablehnung hörten auch die Einkäufe und Besuche des Herrn R. auf. Louis Cohn.

In dem langen Zeitraum nun, der zwischen dem neuesten Brief des Herrn Ruhland und den letzten Veröffentlichungen des „Vorwärts“ und der „Münchener Post“ (Mitte April) liegt, nahm der Herr Professor zwar nicht die Hilfe der agrarischen Presse in Anspruch, wohl aber erschienen im Mai dieses Jahres zwei Münchener Freunde des Herrn in dem Redaktionslokal der „M. Post“ mit der Mission, um eine Art Erklärung zu bitten, daß Herr Ruhland die Sache so doch nicht so gemeint habe. In der Politik läme gewiß manches vor, ehrenrührig sei eine solche Offerte doch auch nicht, aber die glatte Aufrechterhaltung unserer Angaben sei dem Herrn Professor sehr unangenehm. Die beiden Herren wurden aber natürlich mit der Bemerkung abgewiesen, daß man leider nicht in der Lage sei, die Wahrheit zu Gunsten ihres Schützlings zu biegen. Dies sahen die beiden Abgeordneten, deren einem übrigens die Dinge schon bekannt waren, ehe sie in der „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht wurden, auch schließlich selbst ein. Und mit der Klage: „Hätte er doch den Mund gehalten!“ verließen sie die Redaktion.

Soweit die Mitteilungen unferer Münchener Parteiblatts, die im Roffall auch noch von anderer Seite in interessanter Weise ergänzt werden können.

Sie bestätigen vollständig die Kritik, die wir aus inneren Gründen an der famosen Note Ruhlands übten. Es hat sich tatsächlich nicht um die Förderung der Interessen einiger um ihr Eigentum besorgter Großkapitalisten, sondern um die schutzgöllnerische Wirtschaftspolitik gehandelt. Und da diese Bismarcksche Wirtschaftspolitik und die Bismarcksche Fronde ihre Organisation im Bund der Landwirte hatte, dem Herr Ruhland sich damals zur Verfügung stellte, so ist der Schluß zwingend, daß auch die Geldquelle, aus der Ruhland die „Münchener Post“ zu speisen ver sprach, die Bundeskasse war, die nicht nur das Centrum, die Konservativen und die Antisemiten zu beriefeln strebte, sondern auch die Socialdemokratie, bei letzterer allerdings ebenso erfolglos blieb, wie bei den andern Parteien in Einzelkämpfen höchst erfolgreich.

Durch seinen in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichten Brief hat sich Herr Dr. Ruhland auch noch nach anderer Richtung gelehrt in die Linte geritten. Er behauptet da, zu Gunsten der um ihren Mannon gedängelten Großkapitalisten die Herausgabe „ruhiger gehaltener kritischer Schriften“ durch die Partei empfohlen zu haben. Da er angeblich für diesen Fall auch die eventuelle Hergabe von Geldmitteln in Aussicht stellen konnte, so giebt der Herr Professor in aller Harmlosigkeit zu, daß er bei diesem reinlichen Geschäft als Vermittler dienen wollte.

Nun hat aber Herr Ruhland am 25. März 1901 in München in einer Versammlung über die Getreidezüge gesprochen. Und zwar war seine Rede hauptsächlich für die katholischen Arbeiter berechnet. Bei dieser Gelegenheit äußerte er laut Stenogramm unter „Stürmischen, minutenlangem Beifall“:

„Die Fortschritte der socialen Arbeitsgemeinschaft sind heute so gewaltig, daß diese Anforderung längst in reichstem Maße erfüllt sein könnte, wenn nicht in dem Kapitalismus der Arbeit ein gefährlicher Feind erwachsen wäre, der in tausend verschiedenen Formen es versteht, den früheren, gegenwärtigen oder künftigen Arbeitsertrag in die Form eines Kapitalgewinns umzuwandeln und in seine Tasche zu stecken. . . Wenn heute die großen Emissionsbanken jährlich ungezählte Millionen an Gründungsgewinn in ihre Tasche stecken, so ist das nichts anderes, als eine der modernsten Aufwucherungsformen der Arbeiter, mit der sich selbstamerweise die Socialdemokraten immer noch nicht beschäftigen.“

Sie alle haben den gleichen Feind zu bekämpfen, nämlich den Kapitalismus.“

Derselbe Herr Professor Dr. Ruhland also, der in öffentlicher Versammlung zum Kampfe gegen den Kapitalismus aufforderte, möchte privatim dessen ärgsten Feind durch Bestechungen zum Schweigen bringen. Was werden dazu die christlichen Arbeiter sagen?

Dem bairischen Centrum aber gratulieren wir zu dem „herborragenden Rationalökonom der Gegenwart“, den es sich an Herrn Ruhland gedungen haben will. —

Außerordentliche Frachtermäßigungen auf den Eisenbahnen will die Regierung den von der Währungsverunsicherung betroffenen Provinzen vom 1. Juli dieses Jahres bis 1. Juli 1902 gewähren. An den Ermäßigungen sollen auch die Händler teil haben, denen diese Ermäßigung vom vorigen Handelsminister Drosfeld bei früherer Gelegenheit nicht gewährt worden war. —

Hamburg, 27. Juni. (Fig. Ver.) Der „Patriotismus“ der hamburgischen Geld- und Pflasterstraße zeigte sich in der letzten Bürgerchafts-Sitzung wieder einmal in seinem ganzen Glanze. Der Hamburger Senat hat ein neues Einkommensteuer-Gesetz ausarbeiten und der Bürgerchaft vorlegen lassen. Die progressive Einkommensteuer, die Hamburg bisher schon hatte, ist beibehalten. Die Grenze der Progression ist bei Einkommen von 60 000 Mark festgelegt. Dagegen erhob außer dem Liberalen Dr. Weg unser Genosse Stolten energischen Protest, indem er ausführte, daß Einkommen über 60 000 M. sehr wohl noch eine höhere Besteuerung vertragen könnten und durch ein weiteres Hinausdrücken der Grenze der Progression die Steuer ja erst besonders ergiebig würde. Dafür solle man lieber die geringeren Einkommen entlasten, so z. B. wie von Dr. Weg gewünscht, daß von Einkommen bis zu 1000 M. überhaupt keine Steuer erhoben werde. Festige Anfeindung fand die Bestimmung des Gesetzesentwurfs, nach der die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zur Einkommensteuer herangezogen werden sollen. Zu diesen Gesellschaften gehören unter andern diverse Kolonialgesellschaften. Der frühere Reichstags-Abgeordnete Grogredner Boermann erklärte rund heraus: Die Kolonialgesellschaften würde man durch die Heranziehung zur Steuer aus Hamburg vertreiben, wenigstens würden die Gesellschaften, an denen er beteiligt sei, ihren Sitz nach Berlin verlegen.

Auch diesen Herrschaften sagte Genosse Stolten einige bittere Wahrheiten. Dazu rügte er unter Beibringung eines reichen Zahlenmaterials die sonderbaren Privilegien der großen Aktien-Gesellschaften, die alle Jahre ungeheure und ungerechtfertigte Abschreibungen vornehmen, um ein möglichst geringes Einkommen versteuern zu brauchen. So hat die Hamburg-Amerika-Linie im letzten Jahre 8 000 000 M. Dividende verteilt und für 15 440 532 M. Abschreibungen vorgenommen. Wie bei den Abschreibungen verfahren wird, geht daraus hervor, daß große Besitztüder der Gesellschaft mit lächerlich geringen Preisen zu Buch stehen, so z. B. ein großer Lagerkühnen in Montreal mit nur 1 M., zwei Leichter bei St. Thomas mit zusammen 500 M. usw. Durch dergleichen Manipulationen wird der Fiskus um beträchtliche Steuerbeträge geschädigt. — Der Gesetzesentwurf wurde an eine Kommission verwiesen. —

Ein Refrutenstücker stand dieser Tage vor dem Ober-Kriegsgericht des IX. Armeekorps zu Altona. Der Anklage lag folgendes zu Grunde: Am 18. November v. J. waren die Refruten M. und B. vom IX. Pionier-Bataillon zu Harburg angeblich unsauber zum Dienst angetreten. Der Corporalschaftsführer, Unteroffizier Piesler, gab deshalb den Befehl, die Corporalschaft solle die beiden Refruten „waschen“, nahm denselben nachher aber wieder zurück, weil er Unheil befürchtete. Als die beiden später aber auch beim „Griffe kloppen“ den Anforderungen des Unteroffiziers nicht entsprachen, gab er den Befehl, M. und B. sollten unter Aufsicht eines Gefreiten 50mal „ungefährlich“ das auf dem Exerzierplatze stehende Leichtergerüst auf und niederklimmen. Der Refrut M. machte mit Erlaubnis des Gefreiten einige Pausen, B. nicht. Auch wurde B. die Witte, sein Seitengewehr abgenommen zu dürfen, abgeschlagen. Die Folge war, daß B. der früher schon an Herzklappen gelitten hatte, eine schwere Herzerweiterung davontrug, an der er bis zum 30. April im Lazarett behandelt werden mußte. Diese schwere Folge hat man dem Unteroffizier Piesler zwar nicht zur Last gelegt, weil eben V. schon vorher einen Herzfehler hatte, aber Piesler wurde vom Ober-Kriegsgericht zu acht Tagen Mittelarrest wegen unvorschriftsmäßiger Behandlung eines Untergebenen verurteilt. Dagegen legte er Revision ein, und das Reichs-Militärgericht hob richtig das Urteil auf, weil es allerdings Bedenken bezüglich der Feststellungen des Vorderrichters hatte. Das Oberkriegsgericht hat aber in erneuter Verhandlung Piesler wieder verurteilt, und zwar wieder zu der milden Strafe von 8 Tagen Mittelarrest, obgleich es in seiner Urteilsbegründung selbst sagt: das Verfahren des Angeklagten, ungeübte Refruten 50 mal das Leichtergerüst erstlettern zu lassen, also insgesamt eine Höhe, die die des Kölner Doms erheblich übersteige, sei unerhört. —

Deutscher Handelsverkehr mit Rußland und Oestreich. Das statistische Amt hat jechen im Anschluß an die bereits besprochene Statistik des Handelsverkehrs mit Großbritannien die Statistik betreffend den Außenhandel Deutschlands mit Rußland in den vier letzten Jahren veröffentlicht. Dem umfangreichen Tabellenwerk geht eine kurze Besprechung der Entwicklung des deutsch-russischen Handels im letzten Jahrzehnt voraus. Der Special-Handelswert betrug 1900:

in der Einfuhr:	in der Ausfuhr:
einschließlich der Edelmetalle 716,5 Mill. Mark,	824,9 Mill. Mark,
ausgeschlossen 670,7	815,0

Die Einfuhr aus Rußland hat 14,8 Millionen Mark = 2 Proz. mit und 50 Millionen Mark = 8 Proz. ohne Edelmetalle zugenommen, während die Ausfuhr 71,7 Millionen Mark = 18 Proz. mit, 12,1 Millionen Mark = rund 4 Proz. ohne Edelmetalle abgenommen hat.

Haupt-Einfuhrwaren aus Rußland sind Roggen, Haug und Buchholz, Gold, Eier, Gerste, Hafer, Weizen, Mele, Flach, Leinwand, Häute und Felle, Cellulose, Pferde, Gänse, Gant, Kalbfelle, mineralische Schmieröle, Porzellan, Kautschuk und Guttapercha und Abfälle von Kautschukwaren. Haupt-Ausfuhrwaren nach Rußland sind Maschinen, Eisenwaren, nicht besonders genannt, Edelmetalle, Baumwolle, Kohlen, Häute.

Außer der Goldausfuhr hat auch die Ausfuhr von Stabeisen, Maschinen, Ed- und Winkelleisen, groben Eisenwaren, rohen Platten und Blechen aus schmiedbarem Eisen, wollenem Streichgarn u. d. d. bedeutend abgenommen.

Auch dem Tabellenwerk, das den Außenhandel Deutschlands mit Oestreich-Ungarn in den letzten vier Jahren darstellt, ist eine kurze Besprechung der Entwicklung des deutsch-österreichisch-ungarischen Handels im letzten Jahrzehnt vorausgeschickt. Der Special-Handelswert betrug 1900:

in der Einfuhr:	in der Ausfuhr:
einschließlich der Edelmetalle . . . 724,3 Millionen Mark,	510,7 Millionen Mark,
ausgeschlossen der Edelmetalle . . . 704,4	486,3

Die Einfuhr aus Oestreich-Ungarn ist gegen das Vorjahr um 6,1 Millionen Mark = 0,8 Proz. mit und 11,1 Millionen Mark gleich 1,6 Proz. ohne Edelmetalle gefallen, während die Ausfuhr 44,7 Millionen Mark = 9,6 Proz. mit und 36,4 Mill. Mark = 8,1 Proz. ohne Edelmetalle gestiegen ist.

Im letzten Jahrzehnt war stets die Einfuhr aus Oestreich größer als die Ausfuhr dahin; der Einfuhrüberschuß schwankt nach Abzug der Edelmetalle zwischen 139,1 und 265,6 Millionen Mark.

Haupt-Einfuhrgegenstände bilden: Holz und Holzwerkstoffe, namentlich rohes und gefärgtes, Braunkohlen, Eier, Gerste, Oehen, Mais, Mele, Gold, Kälse, Bettfedern, Rohwolle, Leinwand, Pferde, Kopsel, Birnen, Lederhandschuhe, Steinbohlen, Bücher, Kalbfelle, Kopfen, seine Schuhe, Jungvied, Maschinen, Futter, sechserfacher Thon, Gemälde, Eisenerz, Wein, Lohrinden.

Hauptausfuhrgegenstände sind: Kohlen, Wäcker, Karten, Maschinen, Gold, Rohbaumwolle, gefärgte Wolle, Coaks, Wollengarn, lackiertes, gefärgtes Leder, Handschuhleder u. a., grobe Eisenwaren, Edelmetalle, Waren, Rohwolle, Anilin- u. Farben, Sämereien, Jint, Gemälde, unbedruckte Wolltuchwaren, Häute und Felle zu Pelzwerk, seine Eisenwaren, Kindshäute, Rohwolle, Räumlinge, Flach, Wäcken, Därme.

Ministerkrise in Baden. Aus Baden wird uns geschrieben: Seit dem im Frühjahr vorigen Jahres stattgehabten Wechsel im Ministerpräsidium bildeten die Gerichte über einschneidende Veränderungen in den obersten Beamtenstellen des Landes fortwährend den Gegenstand der öffentlichen Diskussion. In den letzten Tagen haben sich dieselben nun zu bestimmten Beschlüssen vermindert, die eine in allerhöchster Zeit erfolgende Reorganisation des Ministeriums in Aussicht stellen. Der hochbetraute Staatsminister Rod werde danach noch im

Laufe dieses Sommers von seinem Amte zurücktreten, und an seiner Stelle der bisherige Minister des Großherzoglichen Hauses, Herr v. Prauer, von dem auch die Generaldirektion der badischen Staats-Eisenbahnen despotisiert, zum Staatsminister ernannt werden. Das Eisenbahn-Ministerium solle dann mit dem Ministerium der Finanzen verbunden und beide in die Hände des bisherigen Finanzministers Dr. Buchenberger gelegt werden. In diesem Zeitpunkt werde dann auch der in letzter Zeit viel angefochtene langjährige Generaldirektor der badischen Staats-Eisenbahnen, Eisenlohr, seinen Abschied nehmen. Herrn Eisenlohrs Einfluß ist es in erster Linie zuzuschreiben, wenn das seit dem Amtsantritt v. Brauers angelegene lebhaftere Tempo der Reformthätigkeit in der Verwaltung unserer Eisenbahnen die letzten Jahre hindurch wieder wesentlich verlangsamt wurde. Sein Scheiden wäre deshalb im Interesse der Durchführung weiterer vollständiger Verkehrsvereinfachungen und Verbesserungen warm zu begrüßen, wenn andererseits auch zu befürchten ist, daß die Vereinigung des Verkehrsministeriums mit demjenigen der Finanzen die fiskalisch-bureaucratischen Einflüsse stärken würde, die sich bisher als größtes Hindernis jeder durchgreifenden Verkehrsreform erwiesen haben.

Die „Badische Landeszeitung“ glaubt zu wissen, daß die Eröffnung des Landtags im laufenden Jahre in einem früheren als dem bisher üblichen Zeitpunkt, also bereits anfangs statt Ende November erfolgen werde. Dadurch werde es möglich, einen erheblichen Teil des Budgets schon vor Beginn der Verhandlungen und die allerletzte als Mißstand empfundene Tagung des Parlaments bis in die heißen Sommermonate hinauf zu verschieben. In diesem Fall würde auch die Frist bis zur Vornahme der Wahlmännerwahl erheblich verkürzt und der Termin derselben in die letzte September- oder erste Oktoberwoche vorverlegt werden. Dann hätten die Parteien mit der Inangriffnahme der eigentlichen Wahltagung allerdings keine Zeit mehr zu verlieren.

Im 23. Landtags-Wahlbezirk (Wollach-Teiberg) ist in der Person des Holzschlägers Fritz Fleig eine weitere socialistische Landtagskandidatur aufgestellt worden. Der Bezirk, bisher durch den Liberalen vertreten, umfaßt die wichtigsten Plätze der berühmten Schwarzwalder Uhrenindustrie. —

Versammlungsrecht in Ostpreußen.

Aus Königsberg in Preußen wird uns berichtet: Mit der Versammlungsfreiheit haben die Arbeiter in Städtischen Ragnit im Wahlkreise des Grafen Kanitz eigentümliche Erfahrungen gemacht. Im vorigen Jahre wurde in Ragnit nach mancherlei Verhandlungen ein Raum zu Versammlungs-zwecken gemietet. Gewirgt durch Erfahrungen, welche an anderen Orten gemacht sind, wurde alles daran gesetzt, um jenen Raum so herzurichten, daß er allen Anforderungen genüge, die die Polizei stellen kann. Zu dem Zweck legten sich die Mieter des Raumes mit dem Polizeibeamten, dem Bürgermeister, in Verbindung. Als sie die Zusicherung erhalten hatten, daß Ausstellungen am Lokal nicht mehr zu machen seien, wurde zum November vorigen Jahres die erste Versammlung angemeldet. Der Bürgermeister, der kurz vorher an dem Lokal nicht anzukommen hatte, unter sagte aber die Abhaltung der Versammlung; Gründe anzugeben hielt er nicht für nötig. Es wurde sofort wegen des Versammlungsverbotes beim Landrat Beschwerde geführt und gleichzeitig ersucht, den Bürgermeister anzuweisen, daß er mittelst, welche Änderungen noch vorzunehmen seien, um den Raum zur Abhaltung von Versammlungen geeignet zu machen. Zweimal mußte das Landratsamt an die Angelegenheit erinnert werden. Endlich Ende Januar dieses Jahres schrieb der Landrat ganz kurz, die Beschwerde sei unbegründet. Mit keinem Wort wurden die Gründe für das Versammlungsverbot angegeben. Anfang Februar dieses Jahres wurde beim Landratsamt eine an den Regierungspräsidenten gerichtete Beschwerde eingereicht, in der um Angabe der Gründe für die Unterjagung der Versammlung mit dem Hinweis gebeten wurde, daß ein Koalitions- und Versammlungsrecht in Preußen besteht. Vier Monate vergingen und kein Bescheid erfolgte. In der Zeit ging ein Genosse zweimal zum Landratsamt, um sich nach dem Stand der Angelegenheit zu erkundigen. Beide Mal wurde geantwortet, die Sache liege bei der Regierung in Gumbinnen. Anfang Juni ging ein ganz geharnischtes Schreiben an den Minister des Innern, Herrn v. Pammerstein, ab, in dem derselbe nach ausführlicher Schilderung der Angelegenheit ersucht wurde, etwas Zug in die Sache zu bringen. Der sehr verständliche Ton des Schreibens scheint auf den Minister den gewünschten Eindruck gemacht zu haben. Wenigstens kam schon am 12. Juni ein Schreiben des Regierungspräsidenten bei dem Beschwerdeführer an, worin zwar das Verbot der Versammlung für gerechtfertigt erklärt wurde, in dem aber auch gleichzeitig angegeben wurde, welche — nebenbei bemerkt ganz geringfügigen — Änderungen an dem Lokal vorgenommen werden sollen. Nach sieben Monaten und einer Woche und nach Beschwerdeführung durch alle Instanzen ist nun endlich mitgeteilt, was schon am Tage des Verbots der Versammlung gesagt werden konnte. Man braucht sich nicht den Kopf zu zerbrechen, um zu erraten, weshalb die Sache so lange dauerte.

Ausland.

Die Wahlen in Holland.

Wie wir bereits im gestrigen Depeschenteil mitteilten, haben unsere Parteigenossen in Holland einen bedeutenden Sieg in den Stichwahlen errungen. Während sie in der vorigen Kammer vier Sitze hatten, haben sie jetzt sieben Sitze erobert. Dieser erhebliche Mandaterfolg ergänzt erfreulich den großen Stimmengewinn der jungen Partei bei der Hauptwahl.

Der Liberalismus hat bei den Stichwahlen nicht so abel abgeschrieben wie bei der Hauptwahl. Aber die Lage seiner Majorität in der Kammer sind dahin; Merkantilismus und Mittelstands-Politik lösen die liberale Herrschaft ab. Für die socialistische Partei dürfte dieser Wandel in der Majorität heißen Kampf, aber auch Aussicht auf noch schnellere Gewinnung der Arbeitermassen bringen als bisher.

Das gesamte Wahlergebnis ist folgendes:

Amsterdam, 28. Juni. Nach den Stichwahlen setzt sich die neue zweite Kammer zusammen aus 27 Liberalen, 25 Katholiken, 30 Protestanten, 7 Socialdemokraten, 8 Demokraten, 5 historisch-Christen. Der linken Seite gehören 42, der rechten 58 Mitglieder an. Die Liberalen haben 13 Sitze verloren, die Protestanten haben 8 und die Socialisten drei Sitze gewonnen. Der Minister des Innern Vorpostus und der Handelsminister Velt wurden zweimal gewählt. Die historischen Christen haben zwei Sitze gewonnen, die Katholiken und die Demokraten je zwei Sitze verloren. —

Frankreich.

Paris, 28. Juni. Die Deputiertenkammer setzte heute in ihrer Vormittagssitzung die Beratung der Vorlage über die Invaliditätsversicherung der Arbeiter fort. Es wurde beschlossen, zwei Abänderungsanträge des Deputierten Biennu Martin in Erwägung zu ziehen, wonach das Gesetz auch den ländlichen Arbeitern und den kleinen Arbeitgebern zu gute kommen soll.

Spanien.

Madrid, 28. Juni. Deputiertenkammer. Silvela verlangt von der Regierung Auskunft in der Angelegenheit der jüngsten Vorkommnisse auf kirchlichem Gebiete, verlangt sich über Verlegung der Geleise und verlangt Ächtung vor den Rechten der Katholiken. (Heftige Unterredungen.) Der Minister des Innern Roca erwidert, er heiße die Haltung der Behörden gut und fügt hinzu, die Katholiken könnten offen Rundgebungen rein religiöser, jedoch nicht solche politischer Natur veranstalten. Redner erinnert daran, daß unter konservativen Ministerien häufig Truppen die Straßen besetzt gehalten hätten und

erklärt, die Regierung werde jedermann die Achtung vor den Gesetzen aufzwingen. Die Sitzung wird sodann, während im Saale große Aufregung und Lärm herrscht, geschlossen.

England.

London, 28. Juni. Das Unterhaus nahm nach längerer Debatte den Paragraphen der Finanzbill, der sich auf den Kohlenausfuhrzoll bezieht, mit 211 gegen 125 Stimmen an. Dies war die letzte im Laufe der Beratung, die die Ansicht, daß englische Kohlen durch den Zoll von ausländischen Wälfen ausgeschlossen werden würden, sei lächerlich. Er habe Belege aus Frankreich, Belgien und Dänemark in Händen, daß er sagen könne, der Zoll würde den Konsumenten im Auslande zur Last fallen.

Amerika.

Valparaiso, 27. Juni. Gelegentlich der Präsidentschaftswahl kam es in der letzten Nacht hier, in Concepcion und in Antofagasta zu Unruhen. In Antofagasta feuerte die Polizei auf eine Anzahl Menschen, die zu Ehren Niescos einen Umzug veranstalteten; drei Personen wurden getötet, mehrere verwundet. Der Polizeipräsident wurde verhaftet.

Boeren-Erfolge.

Die Boeren haben einen Kühnen und nicht erfolglosen Angriff auf die Stadt Richmond inmitten der Kapkolonie unternommen. Der „Local-Anzeiger“ berichtet darüber:

Die Kommandanten Malan und Smith griffen Richmond mit 800 Mann Dienstag früh an. Die Stadt wurde von Kapitän Hawthorn mit einem Detachement von North Staffordshire-Regiment verteidigt. Das Fort war dem Feuer der Boeren schwer ausgesetzt, die jedoch keine Geschäfte hatten. Die Boeren kamen bis 200 Meter an das von den Engländern gehaltene Gefängnis und hatten das Fort sicher unter ihrem Feuer. Ein Posten von elf Engländern, welcher eine andre Position in der Stadt hielt, kapituliert um fünf Uhr nachmittags. Malan ließ den Kapitän Hawthorn wiederholt zur Uebergabe auffordern, doch dieser weigerte sich. Der Kampf dauerte zwölf Stunden. In der Nacht hörten die Boeren, daß englische Verstärkungen herankämen, sie zogen sich daher unter Mitnahme zahlreicher Beute zurück. Die Boeren hatten fünf Tote, sieben Verwundete, der englische Verlust wird verschwiegen.

Präsident Krüger

Auferte in Rotterdam verschiedenen Abordnungen gegenüber, der Krieg werde keineswegs mit dem Siege der Engländer aufhören, sondern mit dem Verlust der südafrikanischen Kolonien.

Partei-Nachrichten.

Die neue Kraft. Es war allerdings die höchste Zeit, daß endlich der Socialdemokratie ein Mann erstand, der nun endgültig die Partei vor der sonst nicht mehr aufzuhaltenden Verarmung zu retten bestimmt und befähigt ist. Wir persönlich haben ein um so herzlicheres Vergnügen an dieser glücklichen Wendung durch den neuen Redakteur der einflussreichen „Erfurter Tribüne“ hingesehen, als wir in dieser verheißungsvollen Kraft die stammeswerte Entwicklung eines unserer Mitarbeiter mit einem gewissen Stolz begrüßen dürfen, eines Mitarbeiters, der sich vordem nur durch freundliche Zuverlässigkeit auszeichnete, jetzt aber mit läppig wachsenden Schwingen zu einer fast erhebenden Höhe gediehen ist.

Wo alles gerettet werden muß, darf natürlich der in jedem Betracht erziehungsbefähigte „Vorwärts“ nicht fehlen. Wir werden jetzt tagtäglich von der neuen hydrographischen Karte der „Erfurter Tribüne“ gehoben, und es wird Zeit, daß wir die uns und der Partei demmaßen erwiesenen Wohlthaten nicht schweigend begraben, sondern über sie öffentlich quittieren.

Wir erlaubten uns vor zwei Tagen, gelegentlich der russischen Note durch Anführung einiger historischer Erinnerungen die innere Wahrscheinlichkeit der russischen Behauptungen zu bezweifeln. Unsere Wahrscheinlichkeitsrechnung hat sich nun zwar inzwischen als richtig erwiesen. Aber was beweist dies? Gar nichts! Die neue Kraft in der einflussreichen „Erfurter Tribüne“ macht uns gütig auf die ungläubliche Dummheit und Unwissenheit unserer Beweisführung aufmerksam, an der allerdings nichts zu loben war als der kleine Nebenumsatz, daß sie mit der Wahrheit übereinstimmte. Die neue Kraft — gewissermaßen das hohe C der Socialdemokratie — konstatiert wohlwollend, daß es immer bedenklicher werde, wie der „Vorwärts“ in der Parteigeschichte Weisheit wisse oder vielmehr nicht Weisheit wisse. Unsere Unwissenheit auf diesem Gebiet habe höchstens noch ein Gegenstück in unserer Ignoranz über die französischen Vorgänge, die wir neuerdings nach Verichten der „Kreuz-Zeitung“ behandeln. Das ist richtig, nur ist es nicht ganz korrekt. Nicht nur für Frankreich, sondern für alle Gebiete der Politik und des Lebens schöpfen wir unsere mangelhafte Weisheit aus der „Kreuz-Zeitung“ — nur stimmt das „neuerdings“ nicht. Neuerdings können wir die wegen ihres großen Formats unbedeuten „Kreuz-Zeitung“ entdecken, weil uns ja die „Erfurter Tribüne“ inzwischen in der verjüngten Gestalt erstanden ist.

Wir hatten uns erkümmert, gegenüber Herrn Rusland zu behaupten, daß es 1893 keine Programmfreiheiten und keine sanftere Richtung gegeben habe, daß aber wohl die Agrarfrage diskutiert zu werden begann. Welche grobe Unwissenheit, nur unter freundlicherer Sonne aus! Gab es nicht 1891 und 1892 den Vollmar-Streit, und wurde die Agrarfrage nicht erst 1894 auf dem Landtag gebracht? Wir zerbrechen uns nicht den Kopf, wie Behauptungen über das Jahr 1893 durch Vorgänge im Jahre 1891 und 1892 widerlegt werden; denn in die Geheimnisse des Socialismus als Tribüne-Wissenschaft vermidgen wir doch nicht einzudringen. Wir bekennen aber gern, daß wir unsere Behauptung aus zwei sehr trügerischen Quellen geschöpft haben, nämlich aus unseren persönlichen Erinnerungen — eine zweifelhafte Quelle, die der Mann der Erfurter Tribüne gottlob entbehrt — und zweitens aus den als Fonds aller Unwissenheit bekannten Verichten des Parteivorstands. Schreibt doch dieser über die Parteivorgänge gänzlich ununterrichtete Parteivorstand in seinem Bericht für den Kölner Kongress 1893 das folgende nieder: „Der Parteitag im vorigen Jahre, welcher in der Zeit vom 14. bis 21. September in Berlin stattfand, hat die Partei in voller Einigkeit gezeigt und den Beweis erbracht, daß die sachlichen und persönlichen Differenzen, welche zu den Auseinandersetzungen in Halle und Erfurt geführt haben, vollständig ausgeglichen waren. Die Partei konnte sich deshalb mit voller Kraft und ungehindert durch innere Wirren der Bildung neuer Organisationen und der Agitation für unsere Grundzüge widmen.“ Diese Sätze sind nun der Parteivorstand nachträglich infolge der Erfurter Verleumdungen zurücknehmen müssen, und der „Vorwärts“ wird es dann gleichfalls thun.

Ebenso haben wir unsere Ansicht darüber, daß bereits 1893 (und nicht erst 1894) die Agrarfrage in Fluß kam, aus den genannten beiden Quellen der Trümpfe gewonnen, denn in dem gleichen Vorstandsbericht wurde es als eine der dringendsten Aufgaben der Zukunft bezeichnet, den antilokalistischen Bauernschädel zu gewinnen, und auf dem 1893er Parteitag stand, nach dem nunmehr als falsch erwiesenen Protokoll die Frage der Landagitation bereits auf der Tagesordnung.

In einem Punkte aber ist die neue Kraft der „Erfurter Tribüne“ noch durch allerlei Rücksichten gebunden und verächtelt. Sie bietet nur mit Ruhland, daß alle besitzenden Klassen ein Interesse daran haben, daß die Verletzung der Socialdemokratie von innen heraus sich vollziehe. Warum so schüchtern, verschleiern, andeutungsweise, von solcher Halbheit des Denkens?

Warum nicht gerade herausgesagt, daß Rusland in der That Recht hat, daß die kapitalistischen Geldheiber von 1893 in der That die jeglichen Programm-Diskussionen erzeugt und unterhalten haben? Wir hoffen in Ehrfurcht und Ergebenheit, daß die neue Kraft

der „Tribüne“ auch den letzten Rest unbegründeter Ehen abschüttelt wird, und bereits in den nächsten Nummern auch in dieser Hinsicht mit Ruhland'scher Deutlichkeit reden wird. Erst dann wird unser Vergnügen vollkommen sein.

Der Partei-Ausschuß in Nürnberg, der aus Vertretern der einzelnen Reichstags-Wahlkreise besteht, befahte sich am Mittwoch mit dem Kompetenzkonflikt, der aus Anlaß der Gehaltsverhöhung des Geschäftsführers der Frankfurter Verlagsanstalt, Genossen Eybow, zwischen der Preßkommission und der Handelsgesellschaft entstanden ist. Der Vorsitzende der Preßkommission, Genosse Klopff, schlug folgende Resolution vor:

„Der Partei-Ausschuß erklärt sein Einverständnis mit den von der Preßkommission am 21. Juni gefaßten Resolutionen.“

Der Partei-Ausschuß hält die Aufstellung einer Geschäftsordnung und eines Regulativs, eventuell auch die Abänderung des Gesellschaftsvertrags für erforderlich.

Diesem muß die genannte erste Resolution der Preßkommission, sowie die Bestimmung, daß alljährlich ein Teil der Preßkommission auszuscheiden hat, zu Grunde gelegt werden.

Mit der Ausarbeitung wird eine Kommission, bestehend aus 3 Mitgliedern des Partei-Ausschusses, 3 der Preßkommission und einem der Handelsgesellschaft betraut.

Die von dieser Kommission ausgearbeiteten Vorlagen sind einer außerordentlichen Generalversammlung des Socialdemokratischen Vereins zu unterbreiten.

Genosse Scherz sprach der Preßkommission das Mitbestimmungsrecht ab, sie habe lediglich als Kontrollinstanz resp. als Schiedsgericht zu fungieren, wogegen Klopff geltend machte, daß in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart etc. die Preßkommissionen ein Mitbestimmungsrecht haben. Zur Gehaltsfrage bestritt Scherz, daß dem Genossen Eybow bei seiner Anstellung verbindende Versprechungen gegeben worden seien, es sei ihm nur von ihm (Scherz) und Herrmann in Aussicht gestellt worden, daß die Summe von 3000 M. als Anfangsgehalt zu betrachten sei und daß später Zulagen gewährt werden sollen; ein bestimmter Betrag sei nicht fixiert worden. Die Geschäftsführer Verzhner und Neuhöf betonten, daß sie für die Gehaltsverhöhung gestimmt hätten, um nicht schon nach einjähriger Geschäftstätigkeit einen Wechsel in der Geschäftsleitung eintreten zu lassen, denn Eybow habe seine Forderung so bestimmt gestellt, daß ein Wechsel möglich gewesen sei. Das Gehalt von 5000 M. sei durch Eybows geschäftlich Tüchtigkeit wohl gerechtfertigt. Gen. Herrmann bemerkte, daß die Handelsgesellschaft sich in einer Zwangslage befinden habe, da Eybow erklärte, daß er sich moralisch nicht mehr für gebunden halte, wenn seine Forderung nicht bewilligt werde.

Nach längerer Diskussion wurde die Sitzung wegen vorgerückter Zeit auf nächsten Mittwoch vertagt.

Gemeindevahlen. In Freiheit bei Osterode wurde in der der III. Wählerklasse ein Parteigenosse in den Gemeinderat gewählt. Er erhielt 98 von 102 abgegebenen Stimmen.

Totenliste der Partei. Einer der langjährigsten und ältesten Parteigenossen der Pfalz, der Cigarettenmacher Nicolaus Honcker starb in Mandach, 64 Jahre alt. Der Verstorbenen trat 1863 schon dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein in Worms bei. Später, als dieser sich auflöste, schloß er sich im Jahre 1869 den Eisenarbeitern an. Während der späteren Zeit des Socialistengesetzes war er mit einer der ersten, wenn es galt, Verurteilungen einzuberufen, Schriften zu verbreiten oder dem Schwandgehe ein Schnippschen zu schlagen. Er erfreute sich allgemeiner Beliebtheit und die Genossen gaben ihm in großer Zahl das letzte Geleit.

Die Chinafreiwilligen wider Willen.

Eine schlimme Vorkatastrophe ist den Reservisten zu teil geworden, die sich im Vorjahre im ersten Abenteuerzug des Khatzings für China meldeten, damals aber nur vorgemerkt wurden. Jetzt, wo niemand mehr nach China will, macht man von ihrem damaligen Anbieten Gebrauch. Zahlreiche Reservisten sind dieser Lage durch einen Gestellungsbeschl. für die ostasiatische Belagungsbehörde überlassen worden. Nachdem sich viele von ihnen verheiratet haben und niemand mehr an die vorjährige Meldung dachte, ist ihnen der Gestellungsbeschl. zugegangen, weil auf Grund der neueren Anfragen sich zu wenig Leute für den chinesischen Kriegsdienst gemeldet hatten. Die eingeleiteten Reklamationen werden zwar nach Möglichkeit berücksichtigt werden, doch hat kein Mann Anspruch auf Zurückstellung, da sich die Leute seiner Zeit verpflichtet haben, auch für spätere Zeit „kriegsbereit“ zu sein.

Anläßlich dieser zwangsweisen Verschickung von „Freiwilligen“ nach China ist daran zu erinnern, daß die ganze Besatzungsaktion der gesetzlichen Grundlage entbehrt.

Gegen die Besetzung Shanghai's, deren Verfassungswidrigkeit wir wiederholt nachgewiesen haben, erhebt nun China seinerseits Protest.

Das „Bureau Reuter“ meldet darüber aus Shanghai: Auf Eruchen Vorkundis stütete Taotai Scheng allen hiesigen Konsuln Besuche ab, um darauf zu dringen, daß, da alle fremden Streitkräfte Peking verlassen, auch Shanghai geräumt werde. Dem Vernehmen nach haben die Konsuln diese Frage ihren Regierungen zur Entscheidung unterbreitet.

Das Verlangen der Chinesen ist in jeder Beziehung durchaus gerechtfertigt und zweckmäßig. Die willkürliche Garnisonierung fremder Truppen in Shanghai kann nur dazu dienen, die Reibungen zu verewigen.

Eine militärische Kritik des Nachzugs aus Washington berichtet Laifan:

General Chaffees Bericht enthält eine bedeutende Kritik über die militärischen Operationen in China. Daher hat sich das Kriegsministerium entschlossen, den Bericht bis nach der Rückkehr des Kriegesekretärs Root zurückzubehalten. Inzwischen sind die unabhängigen Berichte der Befehlshaber einzelner amerikanischer Expeditionen, welche die britischen Operationen kritisieren, publiziert worden. Unter anderem erzählt General Wilson, wie die Amerikaner sich gewagert hätten, an dem britischen Plan teilzunehmen, Peking in Brand zu setzen, als Rache für die Zerstörung der dortigen Mission und des britischen Sommerquartiers der Gesandtschaft. Ein zweiter Lieutenant Turner sagt die Weisen an, daß sie die Instruktionen, sich zu kooperieren, um den Vertragspaß nahe von Peking einzunehmen, nicht erfüllt hätten. Wenn sie diese Befehle ausgeführt hätten, so wäre die ganze chinesische Streitkraft, ohne daß ein Kugelschuß gefallen wäre, gefangen genommen worden.

Kunst und Wissenschaft.

Neues von der flüssigen Luft. Die Verflüssigung der Luft hat die großen Erwartungen, die man anfangs von ihr hegte, nicht erfüllt. Als im Jahre 1877 gleichzeitig Prof. Pictet in Genf und Cailletet in Paris die bis dahin für permanent (beständig) geltenden Gase, Sauerstoff, Wasserstoff, Stickstoff, in den flüssigen Zustand überführten, war dies eine wichtige wissenschaftliche That, deren große Bedeutung dadurch nicht geringer werden kann, daß zunächst an eine praktische Verwertung nicht gedacht wurde. Vor einigen Jahren gelang es bekanntlich, atmosphärische Luft, die ja im wesentlichen ein Gemenge von Sauerstoff und Stickstoff ist, in größeren Mengen zu verflüssigen, und es trat nunmehr der Gedanke an eine technische Verwertung sehr erheblich in den Vordergrund. Aber wie so oft bei neuen Erfindungen mußte man auch hier die hoch gespannten Erwartungen nicht übermäßig ernähren, da die Verflüssigung im großen Maßstabe sich als zu teuer erwies.

In erster Reihe war es flüssiger Sauerstoff, den man durch die Verflüssigung der Luft in Massen zu bekommen hoffte. Wie schon gesagt, ist ja die Luft wesentlich ein Gemenge aus Sauerstoff und Stickstoff, so daß bei der Verflüssigung ein

Gemisch dieser beiden Flüssigkeiten entsteht. Dabei befindet sich der leichtere Stickstoff über dem schwereren Sauerstoff. Da der flüssige Stickstoff auch früher siedet als Sauerstoff — bei 194 Grad Kälte, während der Sauerstoff erst bei 184 Grad Kälte wieder gasförmig wird —, so verdampft aus der Flüssigkeit beständig Stickstoff, bis sie schließlich nur noch aus Sauerstoff besteht. Man kann das leicht zeigen, indem man z. B. das rotglühende gemachte Ende eines Stahlröhrens in die aufsteigenden Dämpfe hält; es sind Stickstoffdämpfe, und daher erlischt die Flamme sofort. Ist aber ein größerer Teil der Flüssigkeit verdampft, so bleibt das Ende glühend und wird sogar heller, weil reichlich Sauerstoff darauf strömt; sehr bald ist der Stickstoff völlig verdampft und nur noch Sauerstoff vorhanden, so daß das Stahlstück mit blendend weißer Flamme verbrennt. Aber wie gesagt, die Gewinnung der flüssigen Luft in großen Mengen blieb zu teuer, und in den größeren Sauerstoffwerken wurde von diesem Verfahren abgesehen.

Jetzt hat nun Professor Pictet, der mannsgefest auf diesem Gebiete weiter thätig geblieben ist, weitere Verbesserungen an dem Verfahren angebracht, wodurch eine billige Gewinnung des Sauerstoffs und damit eine starke Verwertung in der Industrie von neuem in Aussicht gestellt erscheint. Am Donnerstag erläuterte Prof. Pictet sein Verfahren in französischer Sprache in der Urania zu Berlin. Er geht von flüssiger Luft aus, die bereits nach einem andren Verfahren gewonnen ist und sich in einem offenen Gefäße befindet. Aber man braucht nur geringe Mengen flüssiger Luft in diesem Gefäße zu haben. In dasselbe wird nun ein spiralförmig gewundenes Rohr eingesetzt, dessen eines Ende mit einer Handpumpe verbunden ist, so daß man ganz bequem Luft hineinpumpen kann, die in dem Schlangentrohr durchaus nicht auf besonders hohen Druck komprimiert wird. Trotz des geringen Drucks und der geringen Arbeit, die infolge dessen beim Pumpen aufzuwenden ist, wird die Luft im Schlangentrohr durch die starke Abkühlung, die sie von der umgebenden flüssigen Luft erfährt, flüssig und fließt aus dem gebogenen Ende in ununterbrochenem Strome, so lange die Pumpe in Thätigkeit ist. Einen Teil der so erhaltenen flüssigen Luft kann man zum Ertrag der verdampfenden ersten Quantität Luft benutzen; den Rest hat man zu beständiger Verwendung, und kann somit flüssigen Sauerstoff der Industrie recht billig zur Verfügung stellen.

Sauerstoff aber ist, wie Pictet passend bemerkte, das tägliche Brot der Industrie. Er befördert die Verbrennung der Kohlen in den Feuerungen der Dampfesfelle, der Lokomotiven und Dampfmaschinen. Er erhöht die Wirkung der Flamme für Licht- und Heizzwecke. Das letztere zeigte Professor Pictet in einer ganz eigenartigen Weise, indem er verschiedenen Flammen, z. B. dem Auerlicht, der Acetylenflamme, der Flamme einer gewöhnlichen Petroleumlampe, von außen reinen Sauerstoff zuführte, wodurch sie zu blendendster Helle gelangten. So kommt man mit Hilfe des Sauerstoffs, den man gerade durch Herabgehen bis zu den tiefsten Temperaturen gewonnen hat, zu den allerhöchsten Hitzegraden, die wir auf Erden erzeugen können. Die Zuführung reinen Sauerstoffs giebt nicht nur eine erhebliche Ersparnis an Brennmaterial, indem die Heizkraft der Kohle bedeutend erhöht wird, sie gestattet auch die Benutzung minderwertiger Brennstoffe, die gegenwärtig sehr zurückgetreten sind. Mit flüssigen Sauerstoff läßt man ferner Eisen, Stahl und Bronze mit Leichtigkeit schmelzen resp. löten. Ferner würden die Herstellungskosten aller Chemikalien, die Sauerstoff enthalten, z. B. Salpetersäure und Schwefelsäure, bedeutend geringer werden.

In seinem Vortrage zeigte Pictet das Prinzip seiner Methode, indem er ein Schlangentrohr aus Glas benutzte, um es in das Gefäß mit flüssiger Luft zu tauchen. Durch einen Projektionsapparat wurde ein genaues Bild, dem ganzen Publikum sichtbar, an die Wand geworfen, und während nun die kleine Pumpe arbeitete, konnte man deutlich die Vorgänge im Schlangentrohr wahrnehmen. Die Kohlenflamme, die ja auch immer in geringen Mengen in der Luft enthalten ist, gefror bei der tiefen Temperatur und fiel in festen Stücken zu Boden. Man bekommt also als Nebenprodukt auch die wertvolle feste Kohlenflamme.

Nach Pictet's Angaben ist eine Anlage von 500 Pferdestärken im Stande, in 24 Stunden eine Million Kubikfuß flüssigen Sauerstoffs zu erzeugen; dabei kann die doppelte Menge verdampfenden Stickstoffs auch aufgefangen und verwertet werden. Bei einer weiteren Ausdehnung der Pictet'schen Ideen würden daher wohl viele Industriezweige einen fördernden Anstoß und manche Aenderung der Arbeitsweise erfahren können.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streit der Barbier.

Da die Arbeitgeber, welche bewilligt haben, jetzt selbst ihre Geschäfte bekannt geben, so eruchen wir die Arbeiterchaft, bei diesen Rechnen, welche Plakate anhängen haben, die Schüssen nach der grünen Kontrollkarte zu fragen und auch danach zu sehen, daß dieselbe ordnungsgemäß abgestempelt ist (heißt also die 26. Woche). Wenn aber die Karte nicht vorhanden oder nicht abgestempelt ist, dann eruchen wir die Arbeiterchaft, diese Geschäfte streng zu meiden; vor allem aber darf kein Arbeiter das Geschäft eines Junungsmitglieds besuchen.

Wir bitten die Arbeiterchaft, unsere „Barbiersuben“, die alle von Geschäften, welche nicht bewilligt haben, umgeben sind, nach Möglichkeit zu unterstützen und für die Benutzung derselben zu agitieren. Streikende arbeiten in folgenden Lokalen:

- Simonis, Weichstr. 21. Bauer, Rosenhallerstr. 57. Preuß, Neue Friedrichstr. 20. Hoppe, Adlerstr. 21. Dieke, Adlerstr. 123. Kohn, Ruppinerstr. 42. Dietze, Schwebelstr. 33. Abenbroth, Wadstr. 42/43. Wils, Burgdorfer, Ede Wilbenowstraße. Parr, Wulffstr. 10. Habra, Quigow, Ede Havelbergerstraße. Luhm, Postdorferstraße 12. Baumgarten, Königsbergerstraße 7. Matthes, Kopenstr. 41. Georgi, Frankfurter Allee 70. Schröder, Fuchstr. 33/34. Wille, Andreasstr. 26. Martins, Langestr. 90. Achterberg, Adalbertstr. 62. Salomon, Kaunigsstr. 65. Krüger, Raumburgstr. 6. Seidler, Mühlauerstr. 14. Erbe, Cuvyrstr. 25. Bahe, Ritterstr. 32. Nag, Dieffenbacherstr. 31. Wachmann, Eisenbahnstr. 30a. Sejid, Saligerstr. 46a. Ede Kaufstr. 6. Reiner, Saligerstr. 59. Schaller, Saligerstr. 125. Schumann, Lützowstr. 85. Weichel, Petersburgerstr. 81. Richter, Mariannenstr. 41. Gampel, Lützowstr. 10. Warte, Wilmowstr. 59.

Die selbständigen Mitglieder unserer Organisation befragen an Stelle des Plakats eine Bescheinigung, daß sie die Forderungen in allen Punkten anerkannt haben. Da diese Inhaber seitens der „Freien Vereinigung“ nicht veröffentlicht werden, geben wir sie hiermit extra bekannt:

- Bernte, Ujedomstr. 9. Wittlopf, Vorlingstr. 8. Müller, Pantstraße 32c. Otto, Rigdorfer, Reuterstr. 23.

Die Lohnkommission.

J. A.: K. Lubert.

Ein Arbeitsvertrag der Spandauer Zimmerer ist kürzlich zwischen der Lohnkommission und dem Arbeitgeber-Verbande vereinbart worden. Danach beträgt der Stundenlohn 55 Pf. unter Einbehaltung der zehnjährigen Arbeitszeit. Ueberstunden und Nachtarbeit dürfen nur in dringenden Fällen geleistet werden und sind dann mit einem Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde zu vergüten. Bei Wasser-, Raum- und Tiefbau-Arbeiten wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde bezahlt.

Der Streit der Hamburger Kupferschmiede

Der Streit der Hamburger Kupferschmiede dauert unverändert fort. Die Unternehmer scheuen weder Kosten noch Mühen, um Streikbrecher von auswärts, sogar aus dem Auslande heranzuziehen. Um dem vorzubeugen, und die Arbeiter zu warnen, sei hiermit darauf hingewiesen, daß der Zutritt von Kupferschmieden nach Hamburg fernzuhalten ist.

Zum Nordhauser Streit. In Leipzig ist eine Centralstelle eingerichtet worden, von der Händler und Wiederverkäufer kostloster freien Kantabak beziehen können. Die Geschäfte, in denen die Konsumenten Kantabak von kostloster Fabriken erhalten, sind

Durch Plakate gekennzeichnet. Es wäre wünschenswert, daß auch in anderen Städten das Beispiel Leipzigs nachahmung fände, da auf solche Weise die Durchführung des Boykotts wirksam unterstützt wird.

In Landshut (Böhmen) sind die Bäder am 27. d. M. in eine Lokalbewegung eingetreten. In 15 Betrieben wurden die Gehilfenforderungen bewilligt, in 4 Bädereien wird gestreift.

Die Justiz gegen Streikende. Nachdem der lange und schwere Lohnkampf, den die Harburger Gummi-Arbeiter geführt haben, beendet ist, kommen nunmehr die Nachschläge, welche durch richterliche Auslegung von gesetzlichen Bestimmungen einzelnen Opfern des Streiks verhängt werden. Dieser Tage standen gleichzeitig neun Arbeiter vor dem Harburger Schöffengericht, weil sie für die Streikenden Sammlungen auf Listen veranstaltet hätten. Das Gericht erklarte in diesen Sammlungen, obwohl nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie öffentliche waren, sondern sich nur auf die Kreise von Gewerkschaftsmitgliedern beschränkten, eine nicht erlaubte Kollekte und verurteilte acht der Beitragssammler zu Geldstrafen von je 6 M. Wegen eines Zeugen, auf dessen Aussage hin der neunte Angeklagte freigesprochen wurde, beantragte der Amtsanwalt sofortige Verhaftung wegen Verdachts des Meineids. Das Gericht gab dem Antrage nicht statt.

Auch diese Episode aus dem gewerkschaftlichen Kampf zeigt wieder einmal, daß es Richtern und Staatsanwälten durchaus nicht an den nötigen Handhaben fehlt, um selbst die harmlosesten und selbstverständlichsten Dinge, wie es die Streiksammlungen sind, zu verfolgen und zu bestrafen.

In Vorta (Westfalen) wurden sämtliche organisierte Glasarbeiter gemahngestellt. Es gewinnt somit immer mehr den Anschein, daß der Ring der Glasfabrikanten eine Kraftprobe zur Vernichtung der Glasarbeiter-Organisation machen will.

Ausland.

Aus der Schweiz. Im Kanton Tessin haben die Granitsteinarbeiter wegen Mißachtung der Tarifgemeinschaft durch die Unternehmer die Arbeit eingestellt. Sie fordern: Abschaffung der Meccorarbeit, Minimalstundenlohn von 88 Cts. für Handlanger und 10 Proz. Lohnhöhung für alle übrigen Kategorien, Abschaffung des Feinlohnens (Kost und Logis), ausschließliche Benutzung des Vereins-Arbeitsnachweises. — Der Streik der Bahnarbeiter an der Linie Lausanne—Bern ist durch ein von der Regierung in Lausanne bestelltes Schiedsgericht dadurch erledigt worden, daß dasselbe den Feinlohnentag festsetzte, sowie Stundenlöhne von 80 Cts. für Mordelträger, bis zu 55 Cts. für Schmiede und Steinhauer.

Amerika. Die amerikanischen Steinflaschen-Fabrikanten und Arbeiter haben eine gemeinschaftliche Vorbesprechung gehalten, um über Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Jahre 1902 eine Vereinbarung zu treffen. Die Arbeiter forderten 10 Proz. Lohnzuwachs und wollten auf 20 Arbeiter einen Lehrling gestatten, statt bisher auf 15 Arbeiter einen. — Neulich verließ die Konvention der Arbeiter in der grünen Flaschenbranche, Ueber eine zweimonatliche Ferienpause im Sommer 1902 waren beide Teile einig. Sämtliche Flaschen, welche in Amerika in solchen Fabriken hergestellt werden, in welchen nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter tätig sind, werden mit einem Stempel versehen. Kein organisierter Arbeiter in Amerika kauft Bier oder Wein in einer Flasche, welche nicht diesen Stempel trägt.

Sociales.

Lebensmittelpreise in Holland. Aus dem Bericht der Handelskammer für Amstertel teilt die „Aheim-Westf. Arbeiterztg.“ folgende interessante Stelle mit: „Die Verschiedenheit in den gesamten Wirtschaftsverhältnissen, außerdem aber das Fehlen von Zölle auf wichtige Lebensmittel in Holland, gestalten das häusliche Leben dort um ein nicht unerhebliches billiger wie bei uns, zumal im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Nachstehend eine vergleichende Zusammenstellung der gewöhnlichen Ausgaben eines bescheidenen Haushalts von sechs Köpfen in Gelderland (Kraheimer Gegend) und im Ruhrgebiet:“

	Holland	Deutschland
8 Pfd. Rind- und Kalbfleisch mit Knochen	1,35 M.	2,10 M.
4 „ Speck, Schweinefleisch und Wurst	1,80 „	2,80 „
1 „ Schmalz	0,45 „	0,60 „
3 „ Mehl, Reis, Gerste und dergleichen	0,42 „	0,51 „
4 „ Hülsenfrüchte	0,56 „	0,72 „
10 „ Kohobji	0,60 „	1,00 „
Für 3 Tage Gemüse und Salat	0,75 „	1,50 „
35 Pfund Kartoffeln	0,90 „	1,20 „
6 Liter Milch	2,10 „	2,52 „
15 Pfd. Roggenbrot	1,32 „	1,86 „
15 „ Weizenbrot	1,75 „	2,50 „
2 „ Butter	2,00 „	2,50 „
Käse, Eier, Heringe usw.	0,70 „	1,00 „
1/2 Pfd. Zucker	0,20 „	0,15 „
1 „ Kaffee (oder entsprechend Thee)	0,65 „	1,10 „
3 Liter Petroleum	0,48 „	0,68 „
Seife, Soda usw.	0,50 „	0,50 „
2 Centner Kohlen nebst Holz	2,40 „	2,20 „
	19,33 M.	23,79 M.
Dazu 1 Pfd. Tabak mittlerer Qualität	0,50 „	1,00 „
7 Liter Braumbier	1,18 „	1,40 „
	21,01 M.	26,19 M.

Es spielt keine Rolle, daß kein Arbeiterhaushalt im stande ist, so viel fürs Leben pro Woche aufzuwenden; worauf es ankommt, ist der gewaltige Preisunterschied von über 33 Prozent, den die Rechnung aufweist. Und dabei geht man in Deutschland mit dem Plane um, dem Volke das Brot noch mehr zu verteuern.

Neu, ah! Schneidig! Das Gewerkschaftskartell in Stafffurt, das rund 1200 organisierte Arbeiter vertritt, ist auf Grund fortgesetzter Klagen durchreisender organisierter Arbeiter über das dortige Herbergswesen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Errichtung einer ordentlichen Herberge im Interesse der reisenden Kollegen dringend wünschenswert sei. Versuche um Abstellung der Mißstände bei den privaten Herbergen waren erfolglos. Es faßte den Beschluß, beim Magistrat durch eine besondere Deputation vorstellig zu werden, um diesen in mündlicher Verhandlung die Uebelstände vorzutragen und zugleich einen Weg zur Abhilfe vorzuschlagen. Vorerst richtete natürlich das Kartell durch seinen Vorsitzenden ein Schreiben an den Magistrat, in welchem es unter larzer Darlegung von Zweck und Gründen um Gewährung und Festsetzung einer Audienz für die besondere Deputation bat. Auf dieses höfliche Schreiben ist dem Kartellvorsitzenden folgende Antwort zugegangen:

Magistrat zu Stafffurt.

Stafffurt, den 21. Juni 1901.

Auf die Eingabe vom heutigen Tage wird Ihnen zum Bescheide erteilt, daß wir keine Veranlassung haben, uns mit denjenigen Personen irgendwie einzulassen, welche sich hier als sogenanntes Gewerkschaftskartell aufgeben haben und die Geschäfte der Socialdemokratie besorgen. Ist Grund zu Klagen vorhanden über Mißstände, mit denen wir uns überhaupt versöhnlich zu befaßen haben, so mögen die Geschädigten selbst sich an uns wenden.

Unser Halberstädter Parteiblatt, dem wir die Mitteilung entnehmen, liebt den mehr schneidigen, als socialpolitisch umsichtigen Herrn Oberbürgermeister sehr hübsch den Text, indem es unter anderem sagt:

Wunderbar sind auch die Bedenken des Magistrats über seine Zuständigkeit im Herbergswesen. Der Magistrat ist die erste Instanz, die über Konzessionierung von Gastwirtschaften zu entscheiden hat,

und um die Vorschläge zur Errichtung und Konzessionierung einer neuen Herberge handelte es sich bei dem Nachzug einer Audienz für die besondere Deputation des „sogenannten“ Gewerkschaftskartells. Daß die durchreisenden Handwerksburschen sich über Mißstände bei dem Magistrat selbst beklagen sollen, ist eine originelle Idee, über die wir der Öffentlichkeit und allen Klaffen der Bürgerschaft das Urteil überlassen. Warum übrigens hat der Magistrat seine reformmäßigen Bedenken, wenn es sich um Errangierung des Sedanfestes oder eines Festes zum Kaisers Geburtstag handelt? Gehört es nicht zu seinem Ressort, innerhalb der Stadt den Gefahren zu wehren, die der Sittlichkeit der jungen, noch unerfahrenen Handwerksburschen in gewissen Herbergen drohen?

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenstudium in Italien. Die italienische Kammer hat mit bedeutender Mehrheit folgende Tagesordnung angenommen, der auch die Regierung beitrug: „Die Kammer fordert die Regierung auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, um die Frauen, die das Studium der Rechtswissenschaften absolvieren, zur Ausübung ihres Berufs zuzulassen. Schulische Tagesordnungen sind bisher stets zurückgewiesen worden, zum letztenmal mit einer Majorität von vierzehn Stimmen. Diesmal stimmten nur wenige Abgeordnete des Centrum dagegen.“

Veranstaltungen.

Zum Apotheker-Boycott. Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten hielten am Donnerstag ein gut besuchtes Veranlassung in der Reissource, Kommandantenstraße, ab. Nach dem Bericht, den Herr Dr. A. Freudenberger erstattete, ist der gegenwärtige Stand des Kampfs gegen die Apotheker und für die Krankenkassen ein durchaus günstiger. Der von den vereinigten Apothekenbesitzern gefasste Beschluß, vom 20. Juni ab den Krankenkassen den ihnen bis dahin gewährten Kredit zu entziehen und Arzneien an Kassenkranke nur gegen Barzahlung zu verabsorgen, hat den Krankenkassen keineswegs geschadet. Die Kassenmitglieder haben sich sofort dieser veränderten Situation angepaßt und von der Central-Kommission bzw. den Kassenverwaltungen getroffenen Maßnahmen bereitwillig Folge geleistet. Der Umstand, daß die Apotheken diesen Beschluß inmitten der vom Verein zur Einführung der freien Arztwahl angebahnten Einigungsverhandlungen gefaßt und damit den ganz selbstverständlichen Waffenstillstand in der schändlichsten Weise gebrochen haben, hat auch unter den Ärzten eine große Erbitterung hervorgerufen und viele Ärzte, die dem Kampf noch indifferent gegenüberstanden oder gar mit den Apothekern sympathisierten, sind nunmehr auf die Seite der Krankenkassen getreten. Die Central-Kommission hat für die Zeit der Einigungsverhandlungen die bereits in Aussicht genommene Herausgabe neuer Flugblätter, sowie die Einberufung von Versammlungen z. verjagt und damit bewiesen, daß sie aufrichtig bemüht war, wenn möglich den Frieden herbeizuführen. Durch den Beschluß der Apotheker und durch den unerhörten Bruch des Waffenstillstands war die Kommission natürlich gezwungen, wollte sie nicht das Ansehen der Kassen herabsetzen, die Verhandlungen abzubrechen. Diese neue Kriegserklärung der Apotheker wurde wohl von keiner Seite erwartet, zumal sie bei Beginn des Kampfs erklärten, als sich die Kassen auf die eventuelle Kreditentziehung einrichteten, daß sie „die armen Kranken nicht für die Sünden der Vorstände büßen lassen wollen“ und deshalb den Kredit nicht entziehen würden. Allerdings waren die Apotheker damals noch der Meinung, die Kassenmitglieder würden sich dem Vorgehen der Kassenverwaltungen nicht anschließen und sie könnten die Mitglieder gegen die Vorstände aufheben. Hierin haben sich die Apotheker gründlich getäuscht. Die Kassenmitglieder haben, wohl wissend, daß der Kampf nur in ihrem eigenen Interesse geführt wird, die damit verbundenen keinen Unannehmlichkeiten gern in den Kauf genommen und auch die verschiedenen persönlichen Ehrlanen der Apotheker ertragen. Beschwerden über die Maßnahmen der Kassenverwaltungen sind bisher wenig oder eigentlich gar keine zu verzeichnen und der ganze Groll richtet sich gegen die Apotheker, welche den Kranken allerlei Schwierigkeiten zu bereiten versuchen. In verschiedenen Fällen wurde den Kranken die vom Arzt verordnete Medizin, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, verweigert, und ein Teil der zugelassenen Apotheker läßt die Kranken absichtlich recht lange auf die Arznei warten, um sie glauben zu machen, daß infolge des Boykotts der übrigen Apotheken eine Ueberlastung der zugelassenen vorhanden sei. Daß dies in der That nicht zutrifft, ist bereits festgesetzt und nachgewiesen worden, daß die Mehrproduktion einer zugelassenen Apotheke nur etwa 25 Prozent beträgt, so daß die behauptete Ueberlastung der einzelnen Apotheken durchaus ungerichteter Art ist. Aber andererseits ist erwiesen, daß die Droguengeschäfte einen bedeutenden Prozentlag von der Lieferung der Arzneimittel übernommen haben. Den Apothekern ist es also nicht gelungen, trotzdem sie nichts unversucht ließen und teilweise auch nicht einwandfreie Mittel angewandten, den Kassenmitgliedern den Bezug der Arzneimittel aus den Droguengeschäften zu verwehren. Durch die von der Central-Kommission mit der Droguisten-Zunung unter der Leitung von Hochleuten eingerichtete Kontrolle ist noch mehr die Gewähr gegeben, daß die aus den Droguenhandlungen bezogenen Waren nicht minderwertiger sind, als die durch die Apotheken bezogenen. Auch die übrigen Vereinbarungen mit der Droguisten-Zunung haben sich sehr gut bewährt. Die Kassenmitglieder, welche den Preis für das Medikament in den Apotheken nicht veranlagten können, erhalten von den Mitgliedern der Droguisten-Zunung (die Mitgliederzahl der Zunung hat in kurzer Zeit um über 90 zugenommen) ohne Umstände einen entsprechenden Vorschub.

Sehr schlechte Erfahrungen sind mit einer Anzahl Apotheker gemacht worden. Von den zur Lieferung für die Krankenkassen zugelassenen Apothekern haben 17 mündlich oder schriftlich die Versicherung gegeben, — darunter der Apotheker Weite, Landbergstraße 3, und der Apotheker Dr. Wedel, Schöneberg, Sedanstr. 3, erst vor ganz kurzer Zeit — daß sie den Kassen den Kredit nicht entziehen würden. Trotz dieser Versicherung werden auch von diesen Apothekern Arzneien an Kassenkranke nur noch gegen Barzahlung verabsorgt. Nur ein einziger von diesen Apothekern hat sich formell und mit der Begründung, daß er sonst eine Konventionalstrafe von 5000 M. bezahlen müsse, von seinem gegebenen Versprechen entbinden lassen. Angesichts dieser kaum glaublichen Thatsache wird die Central-Kommission weitere Maßregeln treffen und u. a. in Erwägung ziehen, ob die Kassen nicht selbst, soweit wie möglich, die Lieferung der Medikamente für die Mitglieder übernehmen sollen und insbesondere ob nicht der vom Professor L. Wein bereits angeordnete Weg, das Publikum über die Selbstbereitung von Arzneien zu belehren, zu beschreiten ist. Allerdings ist die gegenwärtige Situation für die Kassen günstiger als zuvor, und wenn die Kassenmitglieder so wie bisher verfahren und weiter dafür sorgen, daß auch ihre Familienangehörigen nur die zugelassenen Apotheken benutzen und die freigegebenen Mittel aus den Droguenhandlungen beziehen, so wird dieser Kampf zweifellos mit dem Siege der Kassen enden.

Dem Bericht folgte eine längere Diskussion, in der von allen Rednern das Vorgehen der Central-Kommission gutgeheißen und allgemein behauptet wurde, daß durch die Kreditentziehung den Kassen ein wesentlicher Vorteil erwachsen ist. Schon dadurch, daß die Rezepte sofort einer Kontrolle unterzogen werden können. Auch von diesen Rednern konnte konstatiert werden, daß die Kassenmitglieder mit den getroffenen Maßnahmen völlig einverstanden sind, in letzter Zeit sogar, nachdem sie über die Verhältnisse aufgeklärt, noch besser als vordem die Anordnungen beachtet haben. Der Vertreter der Charlottenburger Orts-Krankenkasse berichtete, daß die dortige Kassenverwaltung, nachdem die Einigungs-Verhandlungen resultatlos verlaufen sind, mit einem Apotheker einen Vertrag geschlossen hat, nach welchem derselbe für die Kassen sämtliche Rezepte mit 20 Proz. Rabatt anfertigt, die Handverkaufsmittel ohne Aufschlag abgibt und die Medikamente den Patienten ins Haus liefert. Der Lichterfelder Kasse ist von einem Apotheker das Angebot gemacht worden, ihn

einen kleinen Vorschub zu überweisen, von dem er die Kosten der Medikamente für die Kassenmitglieder in Abzug bringt, so daß keine Barzahlung erforderlich ist. Von mehreren Kassenvertretern wurden verschiedene Einzelfälle mitgeteilt, in denen Apotheker anscheinend geschwätzig gehandelt haben. Einer lebhaften Kritik wurde der besagte Erlaß des Polizeipräsidenten, nach welchem das Wächlein zur personellen Arzneiverordnung ohne nähere Angabe als nicht einwandfrei bezeichnet und den Ärzten mit Strafverfolgung gedroht wird, unterzogen. Es wurde angeführt, daß dieser Erlaß für die Apotheker zunächst günstig wirkte, daß derselbe aber keineswegs zureichend ist. Außerdem wurde mitgeteilt, daß eine nach Ansicht der Beteiligten begründete Beschwerde über das Verfahren eines Apothekers beim Polizeipräsidenten keinen Erfolg hatte. Um Klarheit über die verschiedenen Punkte zu schaffen, sollen einzelne Fälle bis zur letzten in Betracht kommenden Instanz verfolgt werden. Auch die Rechnungen der Apotheker sollen einer genauen Prüfung unterzogen und bei eventuellen Ueberschreitungen der Tage gegen dieselben vorgegangen werden. Außerdem ist beabsichtigt, gegen diejenigen Apotheker, welche zur Lieferung für die Kassen nicht zugelassen, aber trotzdem Plakate aushängen, in denen sie angeben, für alle Kassen zu liefern und Rezepte für Kassenmitglieder anfertigen, die Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbs eventuell wegen Betrugs zu erheben. Aus den übrigen Mitteilungen war zu entnehmen, daß sich die Central-Kommission bezw. die Krankenkassen bereits für eine längere Dauer des Kampfes, dem sich seit einigen Tagen auch der Gewerksverein angeschlossen, eingerichtet hat und schon Beratungen über die weiteren Maßnahmen gepflogen werden. — In der Versammlung waren vertreten 41 Orts-, 32 Hilfs-, 11 Betriebs-, sechs Junungs- und 6 Vororts-, insgesamt 96 Krankenkassen.

In West-Heinoldendorf fand am Sonnabend, den 22. Juni eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Rosenow über das Thema: „Das Bauern- und Junkertum im Lichte der Geschichte und der Agrarpolitik“ referierte. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In Verschiedenem teilte der Vorsitzende Gram mit, daß vom 1. Juli ab der „Vorwärts“, welcher jetzt in Parteiregale übernommen ist, den Abonnenten pünktlich angeliefert wird. Ferner erläuterte er in längerer Ausführung die Notwendigkeit der Anschließung aller Arbeiter an den Socialdemokratischen Wahlverein, was den Erfolg hatte, daß sich eine große Anzahl neuer Mitglieder anschließen ließen. Nachdem noch der Vorsitzende auf die geäußerten Lokale aufmerksam gemacht und die Beachtung der Lokalliste dringend empfohlen hatte, schloß er mit einem Hoch die imposante Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Leipziger Bankrott.

Leipzig, 28. Juni. (B. Z. V.) Die Meldung, daß das Vermögen der beiden verhafteten Direktoren der „Leipziger Bank“ Egner und Dr. Genzsch sowie der meisten Aufsichtsratsmitglieder der Bank beschlagnahmt sei, ist unzutreffend. Ueber das Ergebnis einer heute vormittag vorgenommenen Hausdurchsuchung wird anläßlich des Stillschweigens beobachtet.

Leipzig, 28. Juni. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung der hiesigen Handelskammer führte bei Beginn derselben der Präsident, Kommerzienrat Zwiringer, folgendes aus: Wir stehen unter dem Ausbruch der unheilvollen Katastrophe, die das wirtschaftliche Leben unsrer Staat und unsrer Landes durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank betroffen hat. Für uns, die berufenen Vertreter des Handels und der Industrie Leipzigs, ist dieses Ereignis besonders deshalb tief beklagenswert, weil dadurch das Vertrauen in die Solidität Leipzigs, auf welche wir sonst stolz zu sein pflegten, eine weitgehende Erschütterung erfahren hat. Wir dürfen jedoch die Zuversicht zu unsern Kaufleuten und zu unsern Bankanten haben, daß sie ruhig und besonnen dieses traurige Ereignis in seinen Folgen thätigst beschränken und treu und gewissenhaft mit vollem Fleiße mehr denn je bestrebt sein werden, ihren Ehrenschuld rein zu halten und das Vertrauen in unsern Handel und Verkehr wiederzustellen. Wir dürfen überzeugt sein, daß Leipzig diesen Schlag überwinden wird.

Leipzig, 28. Juni. (B. Z. V.) Der vorläufige Ausschuß der Gläubiger der Leipziger Bank, der bis zur Wahl des endgültigen Ausschusses durch die Gläubigerversammlung in Thätigkeit tritt, ist wie folgt zusammengesetzt: Kaiserlicher Bankdirektor Kaläne (Reichsbank), Direktor der Leipziger Filiale der Sächsischen Bank, Rottke, Direktor der Leipziger Filiale der Deutschen Bank, Herrmann, Vertreter der königlich sächsischen Lotteriedeckelungs-Oberrichtungsstelle, Dr. Wehr, Direktor der Leipziger Hypothekendarlehenbank, Dr. Nothe sowie ein noch abzuordnender Bevollmächtigter der Großherzoglich Sachsen-Weimarschen Landesregierung.

Ministerschub in Baden.

Karlsruhe, 28. Juni. (B. Z. V.) Der Großherzog hat den Reichsminister Dr. Koll auf sein Ansuchen wegen lebender Gesundheit unter besonderer Anerkennung seiner ausgezeichneten langjährigen Dienste in den Ruhestand versetzt. Der bisherige Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, v. Trauer, wurde unter Befassung in dieser Stellung zum Staatsminister und Präsidenten des Staatsministeriums ernannt. Ober-Staatsanwalt Geheimrat Ober-Regierungsrat Freiberger von Düsch wurde zum Präsidenten des Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts und Domänen-Direktor Reunhard unter Befassung in dieser Stellung zum stimmungsfähigen Mitglied des Staatsministeriums ernannt.

Ein mildes Urteil.

Gießen, 28. Juni. (B. Z. V.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den großherzoglichen Amtsgerichtsrat Stammeler aus Färth (Oberrhein) wegen Vergehen im Dienst (Sittlichkeitsverbrechen) zu einer Geldstrafe und einem Verweis. Die Milde des Urteils ist darauf zurückzuführen, daß ärztliche Autoritäten eine krankhafte Veranlagung bei Stammeler feststellten.

Gegen die Automobil-Wettfahrten.

Paris, 28. Juni. (B. Z. V.) Deputierten-Kammer. In der heutigen Nachmittags-sitzung fragte Gauthier an, welche Maßregeln der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau zu ergreifen gedenke, um den durch die Wettfahrten der Automobile veranlasseten Unglücksfällen entgegenzutreten. Gestern habe eine Wettfahrt von Paris nach Bordeaux stattgefunden, heute sei eine solche von Paris nach Berlin. Der Redner nimmt Bezug auf das Unglück in Reims. Waldeck-Rousseau erwiderte, er hätte die Automobilwettfahrten nicht zugelassen, wenn es sich dabei nur um eine Frage des Sports und des Vergnügens handeln würde. Er habe sie aber dennoch nur erlaubt unter sehr strengen Bedingungen. Künftig werde er indessen keine Wettfahrt mehr genehmigen, welche eine höhere als die normale Geschwindigkeit des Verkehrs habe. Die Landstrecken werden künftig für Rennzwecke nicht mehr zur beliebigen Verfügung gestellt werden und Automobile, welche auf den Landstrassen verkehren, sollen künftig gehalten sein, sehr deutliche Nummern zu tragen. (Beifall.)

Essen a. d. Ruhr, 28. Juni. (B. Z. V.) In Reunmühl bei Ruhrort wurde ein Kind von einem an der Rennfahrt teilnehmenden Automobil-Überfahren. Das Kind erlitt schwere Verletzungen.

Paris, 28. Juni. (B. Z. V.) Die Deputierten-Kammer nahm mit 313 gegen 249 Stimmen das **Verbotsgesetz** in der vom Senat angenommenen Fassung an.

Brieffel, 28. Juni. (B. Z. V.) Die Kammer lebte mit 88 gegen 50 Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen, den Antrag des Mitglieds der Fortschrittspartei Janson, ab, dahingehend, die Befragung des Landes in Sachen der Einführung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts auf dem Wege des Referendums in Erwägung zu ziehen.

Haag, 28. Juni. (B. Z. V.) Nachdem das Ergebnis der Wahlen zur zweiten Kammer endgültig bekannt geworden ist, steht die Demission des liberalen Kabinetts unmittelbar bevor.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

In der vorgestern veröffentlichten Liste der Vertrauensämter der Partei befindet sich ein Fehler. Mitglied der Lokalkommission für den Wedding und die Oranienburger Vorstadt ist nicht Kaiser, sondern O. Wegener, Bohnenstr. 4. Die Adresse des Bezirkskommissions-Mitgliedes O. Grauer ist O. 34, Frankfurter Allee 107.

Die Lokalkommission von Adlershof giebt folgendes bekannt: „In der Zeit vom 27. Juni bis 7. Juli findet auf dem Arbeiter-Turnplatz am Bahnhofs, vor der „Paddenvilla“, ein Volksfest statt, über welches vielfach die Meinung herrscht, daß es von der Arbeiterschaft veranstaltet sei. Wir machen darauf aufmerksam, daß dies nicht der Fall ist und das Fest von den Besitzern zweier gesperrten Lokale arrangiert und deshalb zu meiden ist.“

Lokales.

Die Stadtverordnetenwahlen im Herbst. In der gestrigen Magistratssitzung wurden die folgenden zur Ergänzungswahl stehenden Gemeindevahlbezirke ausgelost, in denen nach dem neuen Kommunalwahl-Gesetz, um die erforderliche Hälfte Hausbesitzer in jeder Abteilung zu erhalten, Hausbesitzer im Herbst gewählt werden müssen: In der I. Abteilung der Wahlbezirk 1, 6, 7, 13 und 15; in der II. Abteilung der Wahlbezirk 3 und in der III. Abteilung die Wahlbezirke 4, 10, 11, 12, 22, 29, 32, 34, 36, 44, 45 und 48. Mit dem schon am vorigen Freitag angefallenen sechs Stadtverordneten, die sich einer Wiederwahl zu unterziehen haben, und den durch den Tod der Gewählten erledigten Mandaten sind somit 33 Stadtverordnete im Herbst zu wählen. Von den Wahlbezirken der dritten Abteilung, die gegenwärtig durch unsere Parteigenossen vertreten sind, kommen in Betracht der 32. (Herzfeldt), der 44. (Th. Glöde) und der 45. (Pannfuch).

Zu dem Kampf um den Kirchenbau, der nach dem Willen der Unternehmervertreter im Ausbau der Landes-Ver sicherungsanstalt Berlin auf dem Grundstück der Heilstraße 20 errichtet werden soll, geht uns im Anschluß an den am Donnerstag veröffentlichten Sitzungsbericht noch eine Mitteilung zu, die über die Abstimmung noch einige recht interessante Einzelheiten bringt. Bereits am vorigen Sonnabend hatte sich die Baukommission des Ausschusses mit dem Kirchenbau beschäftigt und mit 4 gegen 1 Stimme beschlossen, dem Ausschuss zu empfehlen, daß er die Genehmigung des mit 22 700 M. abschließenden Kostenanschlags für den Bau ablehne.

Darauf hatte sich der Ausschuss in seiner Sitzung am Dienstag mit der Angelegenheit zu befassen. Es waren sämtliche Mitglieder, 10 Arbeitgeber und 10 Arbeitnehmer zugegen, den Vorsitz führte Herr Richard Mörike, der laut Sitzung in dieser Eigenschaft bei Stimmengleichheit über 2 Stimmen verfügt. Nach Erörterung der Angelegenheit kam es zur Abstimmung, und hierbei ereignete es sich, daß aus den Reihen der Arbeitgeber ein Mitglied erklärte, sich der Abstimmung enthalten zu müssen, da ihm die Angelegenheit noch nicht genügend aufgeklärt erscheine. Somit waren, den Vorsitzenden Herrn Mörike abgerechnet, nur acht Arbeitgeber für den Kirchenbau zu haben, und die Arbeitnehmer waren in der Majorität gewesen. Doch diesem schon aufsehenerregenden Zwischenfall folgte ein zweiter; auch aus den Reihen der Arbeitnehmer enthielt sich ein Mitglied, der Tischler Georg Seibt, der Abstimmung, so daß wieder Stimmengleichheit eintrat und der Vorsitzende nunmehr zu Gunsten des Kirchenbaues den Ausschlag gab.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat den Magistrat um den Druck und die Veröffentlichung der Berichte von der Pariser Weltausstellung ersucht. Der erste Bericht, der den Stadtverordneten zugegangen ist, ist der des Stadtrats Dr. Münsterberg über den internationalen Kongress für Armenwesen und Wohlfahrtspflege, der in der vom Stadtrat Dr. Münsterberg herausgegebenen Zeitschrift für Armenwesen erschienen ist und durch Sonderdruck den Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zugänglich gemacht worden ist.

Die Bestätigung der Wahl des Stadtrats Dr. Hirsjorn zum Stadthauptmann ist aus dem Ministerium des Innern beim Magistrat gestern eingetroffen, während die des Stadtrats Kaufmann, der vordem zum Bürgermeister gewählt worden war, noch nicht eingegangen ist.

Werkstätten an den Arbeitsfahrwerken. Zwischen dem Berliner Polizeipräsidium und den Vertretern der Berliner Kaufmannschaft finden gegenwärtig Verhandlungen wegen dem Erlaß einer Polizeiverordnung statt, nach welcher sämtliche Arbeitsfahrwerke vom 1. Oktober dieses Jahres ab mit Werkstätten versehen sein müssen. Die Verordnung soll in Anbetracht des großen Verkehrs in den Berliner Straßen und der durch ihn hervorgerufenen Gefahr von Zusammenstößen etc. erlassen werden. Auch in den Städten Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf sollen später gleiche Polizeiverordnungen geschaffen werden.

Der Stadtrat Ball hat dem Magistrat angezeigt, daß er wegen Kränklichkeit zu Anfang des nächsten Monats sein Amt niederlegen müsse. An Stelle von Ball haben vorläufig die Stadträte Flugdan das Dezernat für Polizei und Feuerweh, Dr. Münsterberg das für die Stiftungsfonds und Dr. Strahmann das für die städtischen Krankenanstalten übernommen.

Aus der Stadt der Intelligenz. Im Südosten Berlins werden auf der Straße Handgittel folgenden Inhalts verteilt: „Auf Grund vieler Anerkennungen, welche mir zur Seite stehen, bringe ich hiermit zur gefl. Kenntnis, daß ich mit Erfolg Karten Legende Tischkloppen mit Erfolg, Hochachtungsvoll Frau Dr. Oranienstraße. Auch Sonntags.“

Die neue Epoche der Weltgeschichte. Der Erfinder Herr Hermann Ganswindt hat, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, Freitagabend an den Kaiser nachstiel folgendes Telegramm gerichtet: „Kaiserliche und königliche Majestät! Soeben habe ich Berichte betreffend die Flugmaschine gemacht, welche ganz ungewisshaft die Lösung dieses Problems nach meinem System experimentell darlegen, wenn auch der endgültige Apparat noch nicht ganz vollendet ist. Da mit diesem Moment eine neue Epoche der Weltgeschichte beginnt, halte ich es für meine Pflicht, Eure Majestät alleruntertänigst von diesem wichtigen Ereignis in Kenntnis zu setzen. Ich würde hoch beglückt sein, wenn Ew. Majestät diese Experimente allergnädigst in Augenschein zu nehmen gerubten. Morgen werde ich das Kriegsministerium zu der in Aussicht gestellten Besichtigung einladen. In tieffter Ehrfurcht verharret (gez.) Hermann Ganswindt.“ Wenn bei dem Unternehmen nur nicht Herr Ganswindt selber in die Luft fliegt.

Berlin eine russische Universitätsstadt? Eine Korrespondenz weiß zu melden: Aus Anlaß der Studentenunruhen in Rußland sind daselbst bekanntlich scharfe Maßnahmen ergriffen worden, um die Unruhen der Studenten einzudämmen. Diese Maßnahmen haben sich bis auf die großen deutschen Universitätsstädte ausgedehnt, u. a. auch auf Berlin und Charlottenburg. Von verschiedenen Seiten wird uns nun mitgeteilt, daß man die Art und Weise, wie sich diese russischen Geheimpolizisten hier bewegen, nachgerade recht lästig empfindet. Die Herren verfolgen den Zweck, die hier weilenden russischen Studenten zu überwachen und ihre etwaige Tätigkeit in nihilistischer Hinsicht zu ermitteln, soweit sie im Ver-

baute stehen, mit der Studentenbewegung in Rußland enge Beziehungen zu unterhalten. Wie nun aus einzelnen Vorkommnissen ersichtlich, begnügen sich die Polizisten, denen man ihr Meier schon auf zwanzig Schritt Entfernung ansehen kann, nicht mit der bloßen Überwachung ihrer Schutzbefohlenen, sondern sie belästigen auch Deutsche, welche sie auf der Straße bis in die Häuser, ja in die Gastwirtschaften hinein verfolgen. Wie man sich in Charlottenburg erzählt, soll es schon vorgekommen sein, daß die Herren die Briefträger in den Hausfluren gestellt haben zu dem Zweck, sie auszufragen, von wo die russischen Studenten Briefsendungen erhalten. Unsere Stephansjünger dürfen aber sicher den Verlockungen nicht unterlegen sein. Unwillkürlich muß man sich aber angesichts der Belästigungen fragen, ob die russische Regierung wirklich in Berlin einen Sitz etabliert hat.

Die Automobilrennfahrten Paris-Berlin und umgekehrt scheinen zu einer öffentlichen Gefahr ausgeartet zu sein, vor deren Wiederholung man sich hoffentlich hüten wird. Auch vom gestrigen Tage werden eine ganze Anzahl Unglücksfälle gemeldet. So aus Aachen: Graf Pörligord, der gestern in Aachen als Bierbesteller angekommen war, ist schwer erkrankt und mußte die Weiterfahrt aufgeben. Mehrere Wagen erlitten infolge des starken Reibens Defekt. Am Aachener Start erschienen früh nur 75 Automobilen, alle übrigen sind auf dem Wege Paris-Aachen zurückgeblieben.

Ein späteres Telegramm besagt: Die Zahl der hier eingelaufenen Automobilen hat sich noch um 8 erhöht. Von den insgesamt eingetroffenen 81 Wagen sind 78 weitergefahren, drei sind wegen Beschädigungen hier zurückgeblieben.

Zudem sind die Unglücksfälle nicht auf die Teilnehmer der Rennfahrt allein beschränkt geblieben. Bei der Weisfahrt fliehen, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, an der Kontrollstation im Nachbarort Oberloffel die Wagen 4 und 6 zusammen. Dabei gerieten die Fahrzeuge ins Publikum, wodurch ein Knabe schwer verletzt wurde. Die beiden Wagen konnten die Fahrt fortsetzen.

Aus Weiderrich bei Ansbach wird jedoch folgender Unglücksfall berichtet:

Der Automobilwagen Nr. 9 (Pflanz) stieß hier mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen. Dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperson eingedrückt, das Automobil ist unbrauchbar. Personen sind nicht verletzt.

Was die Entfernung anbetriefft, welche die Rennfahrer in den drei Tagen zurückzulegen haben, so betrug der Weg: bis Aachen 455 Kilometer, bis Hannover 445 Kilometer, bis Westend 297 Kilometer, so daß für heute nur noch die letzte Strecke zu fahren übrig bleibt.

Die Ankunft der Touristen und der Rennwagen der Fernfahrt Paris-Berlin erfolgt heute früh um 9 Uhr ab auf der Trabrennbahn Westend, wo große Tribünen für die Zuschauer errichtet und Bequemlichkeiten für die Fahrer getroffen werden.

Zur Ankunft der Automobilrennfahrer am Sonnabend sind auch sonst umfassende Vorbereitungen getroffen. Heutigen nachmittags um 3 Uhr erfolgt der Zug durch das Brandenburger Thor, den südlichen Teil der Linden, die Universitätsstraße entlang nach der Kaiser Alexander-Kaserne. Hier wird der Zug aufgelöst; die Fahrzeuge werden teilweise in die Automobilanstaltung, teilweise in die alte Gardes du Corps-Kaserne übergeführt.

Ueber die Ermordung eines Handlungslehrlings Wilhelm Lange aus der Königsbergerstraße auf der Chaussee bei Reutomsfel werden in einem hiesigen Blatte ausführliche Mitteilungen verbreitet. Die Berliner Kriminalpolizei soll eifrig bemüht sein, volles Licht in diese mysteriöse Mordeaffäre zu bringen, und alle Umstände sollen darauf hindeuten, daß ihr dieses auch gelingen werde. Tatsächlich aber weiß die Berliner Kriminalpolizei nichts von einem Morde bei Reutomsfel. Sie hat davon keine Anzeige bekommen, noch weniger einen Schritt getan, ihn aufzuklären. Auf anderem Wege aber ist schon bekannt geworden, daß es sich in dem fraglichen Falle um einen Selbstmord handelt.

Der letzte Akt einer Liebestragödie hat sich in der Nacht zum Donnerstag in dem Hause Karlstraße 20a abgespielt. Der 25 Jahre alte Kaufmann Kurt Frank, der Sohn eines früheren Kaufmanns, jetzigen Rentiers in Königsberg i. Pr., verlebte sich in die 19-jährige Verkäuferin Emma Vorksch, die ebenfalls aus Königsberg stammt. Frank, der früher in Berlin beschäftigt war und wohnte, reiste zuletzt für ein Droguengeschäft in Posen. Dort war auch seine Geliebte in einem großen Kaufhause angestellt. Der von beiden geminteten ehelichen Verbindung legten die Eltern Schwierigkeiten in den Weg, obwohl das Verhältnis Folgen gehabt hätte; sie scheiterte anscheinend an der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses. Das jetzt ungefähr ein Jahr alte Kind, ein Mädchen, ist hier in der Choriner-Straße in Pflege. Da die Liebenden die Ehehindernisse für unüberwindlich hielten, so beschlossen sie gemeinsam in den Tod zu gehen. Zu diesem Zweck kamen sie von Posen nach Berlin und mieteten unter der Angabe, daß sie ein Ehepaar seien, in der Karlstr. 20a ein möbliertes Zimmer. Als sie Donnerstag nicht zum Vorschein kamen und auf wiederholtes Klopfen nicht antworteten, benachrichtigte die Wirtin schließlich die Polizei, die um 4 Uhr nachmittags das Zimmer öffnen ließ und die Insassen tot halbtoten fand. Ein Arzt aus der Nachbarschaft konnte nicht mehr helfen. Er stellte fest, daß beide Gift genommen hatten; ein Rest davon befand sich noch in einem Gläschen, das auf dem Tische stand. Es ist anscheinend Chankali. In Briefen an ihre Angehörigen und die Pflegemutter des Kindes nehmen die Lebensmüden Abschied und baten, für das Kind zu sorgen.

Risiko der Arbeit. Von gewerkschaftlicher Seite wird und berichtet: Der Arbeiter Max Dumke aus der Reuen Gasse, 8 war in der Kunstschmiede von Krüger in der Horkstraße mit dem Abbremsen von Bronzeblechen beschäftigt, welche für einen Kronleuchter für das Potsdamer Schloss bestimmt waren. Da sämtliche Schutzmäße fehlten, welche für diese Arbeit vorgeschrieben sind, fehlten, so wurde der Arbeiter das Opfer seines Berufs. Beim Abbremsen des Metalls mit Schwefel und Salpetersäure entwickelte sich gefährliche Gase. Zum Auffangen derselben war kein Ventilator vorhanden, ebenso wenig besaß der Betrieb einen Respirator zum Schutze des Arbeiters und so mußte der Verunglückte, der Frau und zwei Kinder hinterläßt und gerade seinen 31. Geburtstag feierte, das Leben lassen. Er hatte am 25. cr. von morgens 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr die Bleche abgedrückt, worauf er anfangs, Blut zu spüren, so daß er seine Arbeit unterbrechen mußte. In der Nacht um 12 1/4 Uhr war er bereits tot. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Selbstmord oder Unfall? Das 19-jährige Dienstmädchen des Inspektors im Krankenhaus am Friedrichshain ließ sich vorgestern morgen nicht zur gewöhnlichen Zeit sehen. Man suchte die Vermisste und fand sie schließlich bei geöffnetem Gasfaß in der Badetoanne liegen. Da sie noch schwache Lebenszeichen von sich gab, so trug man sie sogleich nach dem Operationshause der Anstalt. Auf dem Wege dorthin aber starb sie bereits. Es scheint, daß das früher sehr lebenslustige und muntere Mädchen eines Leidens wegen selbst den Gasaß geöffnet hat, um sich durch das ausströmende Gas zu vergiften.

Von einem überaus tragischen Geschehnis ist die Familie des durch seine populären Experimentell-Vorträge in den weitesten Kreisen bekannt gewordenen Physikers Clausen betroffen worden. Beim Experimentieren mit Röntgenstrahlen

zog sich Herr Clausen eine derartige Verbrennung der rechten Hand zu, daß zunächst ein Finger und dann der ganze rechte Arm amputiert werden mußten. Die Operation wurde gut überstanden, jedoch machte am 27. Juni eine Lungenerkrankung seinem rasstollen Streben ein jähes Ende. In ihm, der es verstand, durch seine populäre Ausdrucksweise auch die schwierigsten Probleme dem Laien faßbar zu machen, verlieren die deutsche Vereinswelt und zahlreiche Vereine des Auslandes einen der befähigsten Wanderversorger.

Drei Diebstahl-Specialitäten stechen in der letzten Zeit in hoher Blüte. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die Kriminalpolizei auf allen drei Gebieten in den verschiedensten Stadtvierteln zu thun hat. Am gefährlichsten sind die Specialisten, die es auf Hähne und Arme von Gasleitungen in den Treppenhäusern abgesehen haben. Ihre Treiben kann leicht Gasexplosionen zur Folge haben. Die Hausverwalter und Lichtanzünder werden daher gut thun, auf die Leitungen jezt besonders zu achten. Am meisten wird augenblicklich die Gegend des Spittelmarks von Dieben dieser Art heimgesucht. Eine andre Klasse bilden die Langfinger, die Retallschilder von den Häusern und Wohnungen wegstehlen; wieder andre treten als Fackelträger auf und suchen Schulen und andre öffentliche Gebäude heim, indem sie mit einer Gange die Wasserrohre der Wasserleitungen zuzurufen, meterlange Stücke heraus schneiden und damit verschwinden.

Au den Pöcken ist wieder ein Kind erkrankt, der sechs Jahre alte Sohn Roland des Schneiders Clausen aus der Tischstr. 23a. Der Erkrankte wurde gestern nachmittags nach den Paraden der Charité gebracht.

Auf eine traurige Weise ist der vier Jahre alte Sohn Hans des Buchhalters Karing aus der Thierstraße 7/8 tödlich verunglückt. Der Knabe war auf einem Butterwagen nach der Müllerstraße mitgefahren und auf dem Wagen sitzen geblieben, während der Rutscher abfuhr. Als nun ein Wagen mit leeren Fässern vorbeifuhr, schlug er mit der Peitsche nach diesem. Hierbei geriet die Schnur so fest zwischen zwei Fässer, daß der Knabe, der den Stiel festhielt, von seinem Wagen gezogen und von dem andern überfahren wurde. Die nächste Unfallstation ließ den Verunglückten nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen. Dort starb er.

Auch ein Beitrag zum Wohnungswucher. Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Der gestrige Ständigungsstag für Wohnungen, die am 1. Oktober geräumt werden müssen, hat mancherlei Überlegungen gezeitigt. Das Originellste dieser Art ist jedenfalls der Stiegeingangsbrief eines Hauseigentümers in der Köpenickerstraße. Dieser Mann schreibt einem seiner Mieter: „Wetter Herr! Wie ich höre, begehen Sie heute Ihr fünfzigjähriges Jubiläum und gleichzeitig Ihre goldene Hochzeit. Wie ich aus meinen Büchern ersehe, sind es auch gerade 25 Jahre her, seitdem Sie in das nun mir gehörende Haus eingezogen sind. Aus Anlaß dieses frohen Erinnerungsstages sende ich Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch. Da Sie nun während der langen Zeit, in der Sie bei mir wohnten, doch gewiß Gelegenheit hatten, es zum Wohlstand zu bringen, werden Sie in Anbetracht der heutigen Verhältnisse wohl mit einer Mietssteigerung von jährlich 60 M. einverstanden sein. Sollte dies nicht der Fall sein, so kündige ich Ihnen hiermit die Wohnung. Nachmals zu den Jubiläum Glük wünschend, zeichnet hochachtungsvoll F. J. ... Der gemüthvolle Kündigungsbrief wurde von dem Empfänger und den zur Jubiläumfeier erschienenen Gästen mit Humor aufgenommen und man beschloß, dem Absender ein Ständchen zu bringen. Der Inhalt der gewählten Lieder muß dem Wert jedoch nicht recht gefallen haben, denn er schlug bereits nach dem ersten Liede das Fenster zu und vergaß schließlich jeden Dank.“

Die Direktion der Treptow-Sternwarte hat für Sonntag, den 30. Juni, wieder einen billigen Sonntag angefahrt. Die Beobachtung mit dem Kleinfernrohr kostet die Hälfte, der Besuch des Astronomischen Museums* ist ganz freigegeben. Um 5 Uhr nachmittags spricht Direktor Archenholz über „Die Sonne und ihre Flecken“, um 7 Uhr abends über den „Mond“. Nach Bedarf werden noch weitere Vorträge eingelegt. Mit dem großen Fernrohr werden beobachtet am Tage die Sonne, Doppelsterne, abends von 8 1/2 Uhr bis Mitternacht der Mond.

Aus den Nachbarorten.

Die Nixdorfer Stadtverordneten-Versammlung billigte in ihrer letzten Sitzung gegen die Stimmen der Socialdemokraten folgenden Ortsstatut: „Bis zum 1. Januar 1904 beträgt die Zahl der Stadtverordneten 48 und die Zahl der unbeforderten Stadträte 8. Nach dem 1. Januar 1904 kommen hinsichtlich der Zahl der Stadtverordneten und Schöffen die Bestimmungen des § 12 bezw. des § 29 der Städte-Ordnung wieder in Anwendung.“ Der socialdemokratische Redner, Stadtv. Conrad, hatte den Standpunkt seiner Freunde damit gerechtfertigt, daß den Nixdorfer Bürgern trotz der beschränkten Raumverhältnisse im Sitzungssaal die ihnen jezt zukommende Vermehrung ihrer Vertreter von 48 auf 60 nicht auf drei Jahre vorenthalten werden dürfte.

Eine Vorlage des Magistrats, betreffend den Bau der neuen Gasanstalt, führte zu einer stundenlangen Debatte. Besonderen Anstoß nahmen einige Stadtverordnete an den Vorschlägen, die Gasdeputation zu ermächtigen, alle zur Ausführung der beschlossenen Bauprojekte und auch zur Abänderung derselben erforderlichen Beschlüsse zu fassen, soweit dadurch nicht erhebliche Ueberschreitungen der Aufschlagsumme stattfinden, und zuzustimmen, daß bereits vor der Begebung der neuen Anleihe mit dem Bau der neuen Gasanstalt begonnen werde. Dem Antrag des Stadtv. Abraham auf Vertagung trat u. a. der Stadtv. Conrad (Soe.) entgegen. Die vorhandene Gasanstalt werde am 1. November 1902 die laufenden Bedürfnisse nicht mehr ganz befriedigen können. Schon jezt grenze die Art, mit der man mancher guten Reuerung entgegenrete, an Reizwinkel. Es wäre lächerlich, wollte man nicht das einzige produktive Unternehmen, das die Stadt habe, existenzfähig erhalten. — Schließlich wurde die Magistratsvorlage trotz der Gegenwehr einiger der redegewandtesten bürgerlichen Vertreter angenommen.

Der Magistratsantrag, die Deputation für die Pflege-Anstalten in der Armen-Deputation aufgehen zu lassen, fand bei den Socialdemokraten, für die Dr. Silberstein sprach, heftigen Widerspruch; der Antrag wurde jedoch von der Mehrheit gebilligt, unter der sich auch mehrere der bisherigen Mitglieder der Kommission für die Pflege-Anstalten befanden, die bekanntlich ihr Amt niedergelegt hatten, weil der Magistrat einen Kommissionsbeschluss nicht beachten wollte. Kurz vor 10 Uhr abends kamen die Entwürfe einer neuen Armen-Ordnung und einer Bezirksvorsteher-Ordnung zur Verhandlung. Die socialdemokratischen Stadtverordneten Ostermann, Wulky und Conrad protestierten gegen die sofortige Erledigung der Vorlagen, weil die zuständige Kommission bei der Vorbereitung stundenlang beschlußunfähig gewesen sei. Die Mehrheit stimmte aber den Vorlagen ohne weiteres zu.

Aus Adlershof wird und berichtet: In der letzten Gemeindevahlversammlung wurde betreffs des Antrags zur Errichtung des Gewerbegerichts am Ort beschlossen, mit dem Nachbarorte Köpenick in Verbindung zu treten. Die selbständige Errichtung eines Gewerbegerichts wurde für Adlershof als zu kostspielig angesehen; in Gemeinschaft mit andern Gemeinden in Verbindung von Köpenick herbeizuführen, erscheint passend und muß als bequeme Lösung der Kostenfrage gelten. Nach Annahme der Kommissionsvorschläge betreffs Verbesserung der Gewerbegerichtsverhältnisse im Plenum des Reichstags würde für Köpenick als Stadt mit über 20 000 Einwohnern die Gewerbegerichts-Errichtung zur Pflicht werden. Wegen Regulierung und Pflasterung der Kaiser Friedrich- und der Waldstraße wird der Gemeinde-Vorsteher ermächtigt, die

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonnabend, den 29. Juni. Opernhaus. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Gefährten. Neues Opern-Theater (Krohn). Kampf um Angot. Anfang 8 Uhr. Im Trianon-Theater: Lebende Bilder. Anfang 8 Uhr. Schiller. (Moritz-Oper.) Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches Schauspielhaus als Erzieher. Anfang 8 Uhr. Lesing. Die Kindstanz. Anfang 8 Uhr. Berliner. Ueber unsere Kraft. (1 Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Das blaue Cabinet. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Schauspiel des Regiments. Anfang 8 Uhr. Weiten. Lumpenpacktagabundus. Anfang 8 Uhr. Secessionsbühne. Buntes Theater. Ueberdies! Anf. 8 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr. Thalia. Gefährten. Carl Weiss. Jar und Zimmermann. Anfang 8 Uhr. Eulien. Gefährten. Friedrich-Wilhelms-Hörsaal. Spezialitäten im Garten. Belle Alliance. Die Schwadron. Hierauf: Das Verprechen hinterm Herd. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Freie Luna. Anfang 8 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Passage-Theater. Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Urania. Tautenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: „Unter Rhein.“ Jubiläumstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

Urania Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: - Unser Rhein. - Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum. Neu! Neu! Neu! Der Champion aller Billardkünstler Prof. Léon Goffard aus Bruxelles tritt täglich auf um 1/12 Uhr vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm. Lebende Photographien, die eisernen Jungfrau usw.

Zoologischer Garten Heute Sonnabend, 4 Uhr nachm.: **Monstre-Konzert.** Entree 1 Mark. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Abonnements von mittags 12 Uhr ab aufgehoben!

Apollo-Theater Sonnabend, 29. d. M.: **Jubiläum-Vorstellung.** Fest-Operette. Zum 300. Male!

Frau Luna Ausstattungs-Operette von Bolten-Bäckers. Musik von Paul Lincke. **Carola - Steidl - Rieck** Gastspiel des berühmten Luftballett Grigolatis. Vorher: **Grosser Spezialitäten-Teil.** Souvenir-Verteilung. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater Kastanien-Allee 7/9. Täglich: **Aus dem Volke.** Volkstanz mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Auftreten der Circus-Clownette Hedwig Döring, des Grotesquen-Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Afrobatini, The Garays, Radfahrer Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Sanssouci Im Garten: Täglich: **Hoffmanns - Nordd. Sänger und Konzert.** Anfang 8 Uhr. Konzert 5 Uhr. Bei Soiree 7 Uhr. Wochen- tag 8 Uhr. d. Soiree 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.** Wochentags Vereinsbillets gültig. Tanz frei.

Gossmann-Konzertgarten Kreuzbergstr. 48. an der Kapodachstraße. Jeden Sonntag gr. Frei-Konzert und Ball. Montag und Donnerstag: **Haus- burger Sänger (Steidl, Bohmer, Willi Wolf usw.)** Jeden Freitag **Rußlandische Sänger.** Bei ungünstiger Witterung im Saal. **Rocher Kränzchen.**

Ostbahn-Park. Am Kästrinerplatz. Büblersdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: **Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**

W. Noacks Theater. Bennenstraße 16. Heute Sonnabend, den 29. Juni: **Große Extra-Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** **Frauenlist.** Lustspiel in einem Akt von Werner. **Schicksalswege.** Volkstanz in 2 Bildern von Sandelom. Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Reichshallen Heute Freitag, den 28. Juni: **Vorletzte Soiree der Stettiner Sänger** vor ihrer Abreise nach Wiesbaden. Anfang 8 Uhr.

Montag, 1. Juli: **Erstes Gastspiel** des **altberühmten Neumann-Bliemchen** mit seiner Gesellschaft.

Ober-Schöneweide! Empfehle Genossen bei Ausflügen mein Restaurant und Garten mit Eingang vom Bahnd. Spielplatz, Kegelbahn, Kaffeeküche, Raum für 250 Personen. [1843] **Otto John, Wilhelmshofstr. 18.**

Worm ist mein Begleiter zur Wanderzeit Er ist heissibel und hübsch. **Wormen Sie gef. andrückt. Ihr Wurm Magendoktor!**

Max Klems Sommer-Theater Hasenheide 13-15. - Kritische Zeitung: Paul Mübitz. [16490] Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.** Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc. Sonntag, Montag und Donnerstag in den Stillen: **Familien-Kränzchen.**

Jos. Gremmers Wwe. Landshut Bayern. **Erste und älteste Brasiltabak-Fabrik.** Brasilschnupftabak per Pfund Mk. 1,70 und Mk. 1,50. Von 5 Pf. an franco. Staniol-Pakete zum 10 Pf. u. 5 Pf.-Verkauf. Beste und vorteilhafteste Bezugsquelle. [14210]

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Knabenhüte „0,75“ Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres Schirme zu ansehnend billigen Preisen. **Wägen, Kravatten. 17079** **Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgerstraße.**

Kufekes BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder **Kindermehl**

Brauerei Germania Actien-Gesellschaft Berlin O., Frankfurter Allee 83. - Teloph. Amt VII. 2645. 1865 L* empfiehlt für **M. 1,50 frei Haus: 15 Flaschen Tafel-Weissbier 20** „ „ **dopp. Weissbier** 1/5 To. M. 1,75. 1/10 To. M. 0,90.

Achtung! Vereine. Achtung! **Restaurant zum Bodensee in Birkenwerder,** das größte Lokal an der Nordbahn, unmittelbar am Bahnhof und Post-Unterkunft für mehrere tausend Personen. Gastzimmer für kleine Gesellschaften. Sehr gute Küche. Wichtige Preise. Mehrere Säle. **Ausdianch von edlem, Weiss- und Lagerbier.** Stallung für 100 Pferde. - **Prachtvoller Garten.** Birkenwerder ist mit Fußsteig in 2 Stunden, mit der Bahn in 40 Min. zu erreichen. Den geehrten Herrschaften, Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen. Bei großen Korporationen stellt die Eisenbahndirektion bei vorheriger Anmeldung Sonderzüge ein. 17029 **Besitzer A. Ebel.**

„Zenfelssee“ In den Müggelseen. **„Marienlust“** In den Müggelseen. **„C. Streichbahn, Besitzer des Kaiserhofs, Köpenick.“** Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit **Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde etc.** 14332

Restaurant Pferdebuch bei Köpenick. Empfehle mein altbekanntes, in herrlichem Bauwalde gelegenes Lokal den geehrten Herrschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartien. Sommer-Wohnungen mit und ohne Pension. Grozartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze. 5000 Sitzplätze. Ausspannung für 80 Pferde. **Gute und berühmte Küche.** **Gä ladet zum Besuch freundlich ein** **Wilhelm Brüsewitz, Besitzer.**

Puhlmanns Vaudeville-Theater Schönhauser-Allee 118. Täglich: **Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Nur Kräfte ersten Ranges. Grosser Erfolg! **Grosser Erfolg!** **Susanne im Bade.** Große Aushaltungsoperette. Anfang: **Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.** **F. Lehmann, Direktor.**

Schweizergarten Am Köpenickthor. Am Friedrichshain. Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.** Volksbelustigungen aller Art. Jeden Abend 10 Uhr: **Moderne Don Juans.**

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Im schattig. Sommergarten: Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte. Die Boeren-Kapelle.** Neapolitanische-Kapelle, Saccor Wiener-Damen-Kapelle Raymond Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Spezialitäten Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Max Klems Sommer-Theater Hasenheide 13-15. - Kritische Zeitung: Paul Mübitz. [16490] Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.** Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc. Sonntag, Montag und Donnerstag in den Stillen: **Familien-Kränzchen.**

Jos. Gremmers Wwe. Landshut Bayern. **Erste und älteste Brasiltabak-Fabrik.** Brasilschnupftabak per Pfund Mk. 1,70 und Mk. 1,50. Von 5 Pf. an franco. Staniol-Pakete zum 10 Pf. u. 5 Pf.-Verkauf. Beste und vorteilhafteste Bezugsquelle. [14210]

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Knabenhüte „0,75“ Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres Schirme zu ansehnend billigen Preisen. **Wägen, Kravatten. 17079** **Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgerstraße.**

Kufekes BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder **Kindermehl**

Brauerei Germania Actien-Gesellschaft Berlin O., Frankfurter Allee 83. - Teloph. Amt VII. 2645. 1865 L* empfiehlt für **M. 1,50 frei Haus: 15 Flaschen Tafel-Weissbier 20** „ „ **dopp. Weissbier** 1/5 To. M. 1,75. 1/10 To. M. 0,90.

Achtung! Vereine. Achtung! **Restaurant zum Bodensee in Birkenwerder,** das größte Lokal an der Nordbahn, unmittelbar am Bahnhof und Post-Unterkunft für mehrere tausend Personen. Gastzimmer für kleine Gesellschaften. Sehr gute Küche. Wichtige Preise. Mehrere Säle. **Ausdianch von edlem, Weiss- und Lagerbier.** Stallung für 100 Pferde. - **Prachtvoller Garten.** Birkenwerder ist mit Fußsteig in 2 Stunden, mit der Bahn in 40 Min. zu erreichen. Den geehrten Herrschaften, Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen. Bei großen Korporationen stellt die Eisenbahndirektion bei vorheriger Anmeldung Sonderzüge ein. 17029 **Besitzer A. Ebel.**

„Zenfelssee“ In den Müggelseen. **„Marienlust“** In den Müggelseen. **„C. Streichbahn, Besitzer des Kaiserhofs, Köpenick.“** Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit **Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde etc.** 14332

Restaurant Pferdebuch bei Köpenick. Empfehle mein altbekanntes, in herrlichem Bauwalde gelegenes Lokal den geehrten Herrschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartien. Sommer-Wohnungen mit und ohne Pension. Grozartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze. 5000 Sitzplätze. Ausspannung für 80 Pferde. **Gute und berühmte Küche.** **Gä ladet zum Besuch freundlich ein** **Wilhelm Brüsewitz, Besitzer.**

Freie Vereinigung selbständiger Barbier, Friseur und Perrückenmacher Berlins und Umgegend. Das geehrte Publikum wird ersucht, nur die Barbier- und Friseurgeschäfte zur Bedienung zu befragen, wo Plakate folgenden Inhalts aushängen: „Der Inhaber dieses Geschäfts hat sich mit Namensunterchrift gebunden, den von der Gesellschaft und der Freien Vereinigung am 3. Juni 1901 auf dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossenen Vergleich umzusetzen.“ Dies Plakat gibt jedermann die Garantie, daß wo dasselbe aushängt, die Lohnforderung, Preisermäßigung, Friste zur Durchführung kommt. Folgende Kollegen haben ihre Unterschrift gegeben:

- Norden.** Boh, Braunerstr. 27. Frahnke, Kiefernstr. 109. Wende, Schillerstr. 117. Barowski, Rappinerstr. 25. Krafft, Stargarderstr. 80. Schnorr, Badstr. 67. Danneberg, Pappel-Allee 33. Delafel, Pappel-Allee 9. Zaalmann, Schönhauser Allee 122. Luse, Straßburgerstr. 45. Wittkopf, Vorkingstr. 8. Schmidt, Badstr. 18. Leopold, Weidenwalderstr. 5. Böhm, Reinickendorferstr. 43a. Rappe, Feldstr. 4. Borch, Kiefernstr. 70. Schwarz, Swinemünderstr. 55. Künze, Kottbusstr. 127. Boyatz, Vorkingstr. 12. Pöschel, Schillerstr. 27. Neuge, Schillerstr. 20. Hampel, Schillerstr. 45. Wehmer, Kottbusstr. 54. Gahr, Fandorstr. 10. Müller, Gieselerstr. 2a. Zeigand, Swinemünderstr. 58. Vorge, Kottbusstr. 12/13. Max, Dammstr. 9. Kozmar, Köpenickerstr. 8. Wirth, Brunnenstr. 90. Groß, Swinemünderstr. 74. Clichicjan, Mühlenerstr. 26. Trott, Kottbusstr. 41. Braumann, Kottbusstr. 37. Zehent, Putzmannstr. 8. Berg, Gieselerstr. 15. Wessel, Gieselerstr. 62. Reining, Kottbusstr. 8. Drymalla, Vorkingstr. 3. Hausmann, Putzmannstr. 1. Leopold, Weidenwalderstr. 5. Dieck, Gieselerstr. 5. Birnbaum, Vorkingstr. 8. Babste, Schwargkopferstr. 12. Scholz, Gieselerstr. 60. Wegener, Kottbusstr. 25. Böhm, Reinickendorferstr. 43a. Müller, Kottbusstr. 38. Pöschel, Stargarderstr. 14. Vereiter, Reinickendorferstr. 46. Dalkhoff, Kottbusstr. 10. Gerlach, Kottbusstr. 27. Waagner, Schönhauser Allee 35. Bestermann, Kottbusstr. 7. Freyhabe, Gieselerstr. 46a. Scholz, Fandorstr. 17. Voette, Fandorstr. 10. John, Fandorstr. 28. Stier, Fandorstr. 11. Reinhard, Weidenwalderstr. 30. Kühnel, Kottbusstr. 54. Müller, Kottbusstr. 38. Goll, Schönhauser Allee 44. Voigt, Schönhauser Allee 151. Dabbe, Kottbusstr. 33. Grunisch, Fandorstr. 17a. Dymke, Kottbusstr. 21. Wirth, Kottbusstr. 90. Hampel, Weidenwalderstr. 46. Vafenti, Kottbusstr. 168. Schulz, Neue Gieselerstr. 38. Wolf, Kottbusstr. 8. Pausen, Bernauerstr. 18. Gasse, Gieselerstr. 80. Sommerborn, Gieselerstr. 38. Braumann, Kottbusstr. 14. Buch, Braunerstr. 113. Redner, Gieselerstr. 21a. Künze, Fandorstr. 52. Wehmer, Kottbusstr. 5. Vermandowski, Kottbusstr. 7. Gese, Stargarderstr. 70. Berner, Weidenwalderstr. 6. Warquardt, Bringen-Allee 70. Nebmatt, Stettinerstr. 39. Debus, Bringen-Allee 31. Redant, Kottbusstr. 112. Richter, Bernauerstr. 23. Schmidt, Kottbusstr. 9. Gier, Reinickendorferstr. 180. Kuntz, Bernauerstr. 100. Wiesner, Kottbusstr. 2. Köhler, Stettinerstr. 49. Clichicjan, Gieselerstr. 34. Jybell, Reinickendorferstr. 61. Jybell, Kiefernstr. 81. Jybell, Kottbusstr. 39. Jybell, Kottbusstr. 78. Wange, Gieselerstr. 28. Lehmann, Gieselerstr. 16b. Wende, Schillerstr. 117. Gie Rojst Hofener, Kottbusstr. 20. Lehmann, Rappinerstr. 46.
- Nordwest.** Scholz, Gieselerstr. 38. Reichgraber, Bernauerstr. 70. Baul, Fandorstr. 10. Sommerfeld, Kottbusstr. 1. Zehent, Kottbusstr. 50. Zeigand, Kottbusstr. 2. Weck, Weidenwalderstr. 42. Klein, Bernauerstr. 53. Fischer, Bernauerstr. 48. Schmidt, Weidenwalderstr. 15. Peters, Bernauerstr. 8a. Zimm, Kottbusstr. 16. Lüsse, Fandorstr. 36. Katscher, Fandorstr. 21. Kähler, Fandorstr. 22. Gide, Fandorstr. 6.
- Nordosten.** Albaum, Gieselerstr. 1. Scholle, Fandorstr. 10. Böhm, Gieselerstr. 10. John, Gieselerstr. 217. Kottbus, Gieselerstr. 11. Kottbus, Gieselerstr. 11. Kottbus, Gieselerstr. 29. Brill, Kottbusstr. 21. Zimm, Fandorstr. 5. Schmidt, Reinickendorferstr. 29. Woll, Gieselerstr. 19. Berger, Kottbusstr. 42. Böhm, Kottbusstr. 26. Simon, Fandorstr. 7. Kottbus, Fandorstr. 4.
- Westen.** Gippe, Kottbusstr. 28. Bahnen, Gieselerstr. 110. Christoph, Gieselerstr. 12. Zimm, Gieselerstr. 24. Schmidt, Gieselerstr. 32.
- Weissensee.** Heilig, Langhansstr. 150. Kuntz, Kottbusstr. 24. Kottbus, Kottbusstr. 24. Simon, Fandorstr. 24.
- Friedrichshagen.** Weidmann, Fandorstr. 68. Weidmann, Fandorstr. 126. Gieseler, Fandorstr. 27a.
- Osten.** Merten, Langhansstr. 80. Krafft, Weidenweg 31. Blümel, Gieselerstr. 2. Straß, Fandorstr. 22. Buske, Weidenwalderstr. 43. Schulz, Fandorstr. 43. Bach, Am Dammthor. Köhler, Kottbusstr. 54. Nieberg, Fandorstr. 40. Wille, Fandorstr. 18. Wirth, Kottbusstr. 26. Morgenkern, Kiefernstr. 88. Pöschel, Kottbusstr. 57. Scholz, Gieselerstr. 4. Vafange, Fandorstr. 11. Hm. Fandorstr. 36. Manning, Kottbusstr. 6. Max, Weidenweg 73. Niederling, Langhansstr. 72. Augustin, Fandorstr. 49. Franz, Langhansstr. 109. Mancke, Kleine Fandorstr. 3/4. Kottbus, Kottbusstr. 11. Zimm, Kottbusstr. 1. Zimm, Kottbusstr. 86. Majewski, Kottbusstr. 3. Straß, Fandorstr. 22. Schulz, Fandorstr. 41. Urban, Fandorstr. 6. Kottbus, Weidenweg 50/51. Reich, Fandorstr. 63. Behl, Fandorstr. 10. Bierniesel, Fandorstr. 73. Gier, Weidenweg 80. Kottbus, Kottbusstr. 14. Gier, Kottbusstr. 6. Jakob, Fandorstr. 40. Kottbus, Kottbusstr. 23. Kottbus, Kottbusstr. 63. Klein, Kottbusstr. 3. Jybell, Reinickendorferstr. 153. Stachowski, Kottbusstr. 11. Kottbus, Kottbusstr. 11. Kottbus, Kottbusstr. 23. Kottbus, Kottbusstr. 14. Kottbus, Kottbusstr. 24.
- Südost.** Stabe, Kottbusstr. 5. Kottbus, Kottbusstr. 34. Kottbus, Kottbusstr. 4. Kottbus, Kottbusstr. 32. Kottbus, Kottbusstr. 177. Kottbus, Kottbusstr. 32. Kottbus, Kottbusstr. 5. Kottbus, Kottbusstr. 54. Kottbus, Kottbusstr. 75. Kottbus, Kottbusstr. 1. Kottbus, Kottbusstr. 2. Kottbus, Kottbusstr. 35. Kottbus, Kottbusstr. 74. Kottbus, Kottbusstr. 149. Kottbus, Kottbusstr. 64. Kottbus, Kottbusstr. 14. Kottbus, Kottbusstr. 29. Kottbus, Kottbusstr. 31. Kottbus, Kottbusstr. 41. Kottbus, Kottbusstr. 105a. Kottbus, Kottbusstr. 32. Kottbus, Kottbusstr. 106. Kottbus, Kottbusstr. 34. Kottbus, Kottbusstr. 82/83. Kottbus, Kottbusstr. 26. Kottbus, Kottbusstr. 27. Kottbus, Kottbusstr. 45. Kottbus, Kottbusstr. 22. Kottbus, Kottbusstr. 16. Kottbus, Kottbusstr. 25. Kottbus, Kottbusstr. 47. Kottbus, Kottbusstr. 67. Kottbus, Kottbusstr. 26. Kottbus, Kottbusstr. 34. Kottbus, Kottbusstr. 9. Kottbus, Kottbusstr. 14. Kottbus, Kottbusstr. 59. Kottbus, Kottbusstr. 45. Kottbus, Kottbusstr. 29. Kottbus, Kottbusstr. 122. Kottbus, Kottbusstr. 43. Kottbus, Kottbusstr. 53. Kottbus, Kottbusstr. 14/15. Kottbus, Kottbusstr. 41. Kottbus, Kottbusstr. 13. Kottbus, Kottbusstr. 10. Kottbus, Kottbusstr. 134. Kottbus, Kottbusstr. 56.
- Süd.** Kottbus, Kottbusstr. 50. Kottbus, Kottbusstr. 4. Kottbus, Kottbusstr. 41/42. Kottbus, Kottbusstr. 18. Kottbus, Kottbusstr. 35. Kottbus, Kottbusstr. 20. Kottbus, Kottbusstr. 43. Kottbus, Kottbusstr. 50. Kottbus, Kottbusstr. 50. Kottbus, Kottbusstr. 8. Kottbus, Kottbusstr. 29. Kottbus, Kottbusstr. 29.
- Südwest.** Müller, Kottbusstr. 62. Kottbus, Kottbusstr. 103. Kottbus, Kottbusstr. 89-90.
- Westen.** Gippe, Kottbusstr. 28. Bahnen, Gieselerstr. 110. Christoph, Gieselerstr. 12. Zimm, Gieselerstr. 24. Schmidt, Gieselerstr. 32.
- Weissensee.** Heilig, Langhansstr. 150. Kuntz, Kottbusstr. 24. Kottbus, Kottbusstr. 24. Simon, Fandorstr. 24.
- Friedrichshagen.** Weidmann, Fandorstr. 68. Weidmann, Fandorstr. 126. Gieseler, Fandorstr. 27a.
- Die nächste Witterung erscheint am 13. Juli und hat Feldarbeiten gegen diese Verhältnisse an Ort und Stelle zu berücksichtigen.

